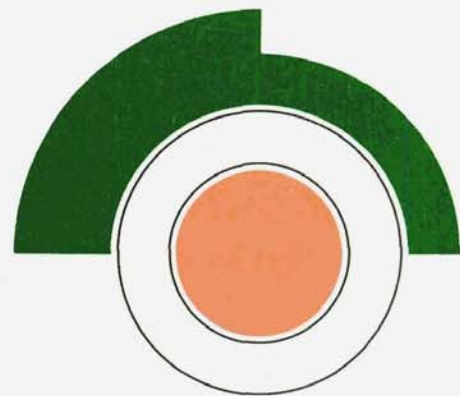


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 11



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 26. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 11. 7. 1995

Rau wieder Ministerpräsident Auch Linssen trat zur Wahl an

Johannes Rau (SPD) ist am Donnerstag, 6. Juli, im Landtag erneut zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten gewählt worden. In geheimer Wahl stimmten 129 von 220 anwesenden Abgeordneten für den 64jährigen Regierungschef, der zum fünften Mal sein hohes Amt antrat.

Rau fehlten damit drei Stimmen von SPD und GRÜNEN, deren 132 Abgeordnete komplett erschienen waren. Bei der CDU-Fraktion war eine Abgeordnete als krank entschuldigt.

Johannes Rau, der seit 1978 an der Spitze der nordrhein-westfälischen Landesregierung steht, ist mit einer Amtszeit von fast siebzehn Jahren der dienstälteste deutsche Ministerpräsident. In den vergangenen 15 Jahren führte er eine SPD-Alleinregierung. Auch Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen (CDU) hatte sich als Kandidat für das Ministerpräsidentenamt zur Wahl gestellt. Linssen erhielt 89 Stimmen. Damit war zumindest eine Stimme aus dem Regierungslager auf ihn entfallen.

Vor der Landtagssitzung am 6. Juli hatten Johannes Rau und die Landessprecherin der GRÜNEN, Barbara Steffens, den vor zwei Wochen ausgehandelten Koalitionsvertrag zwischen SPD und GRÜNEN unterzeichnet. Sonderparteitage beider Parteien hatten das 198seitige Papier zuvor mit großer Mehrheit gebilligt.

Nach Wahl und Vereidigung des Ministerpräsidenten wurden die Ausschüsse des Landtages bestellt. Deren konstituierende Sitzungen fanden nach der Plenarsitzung statt. (Seite 3)

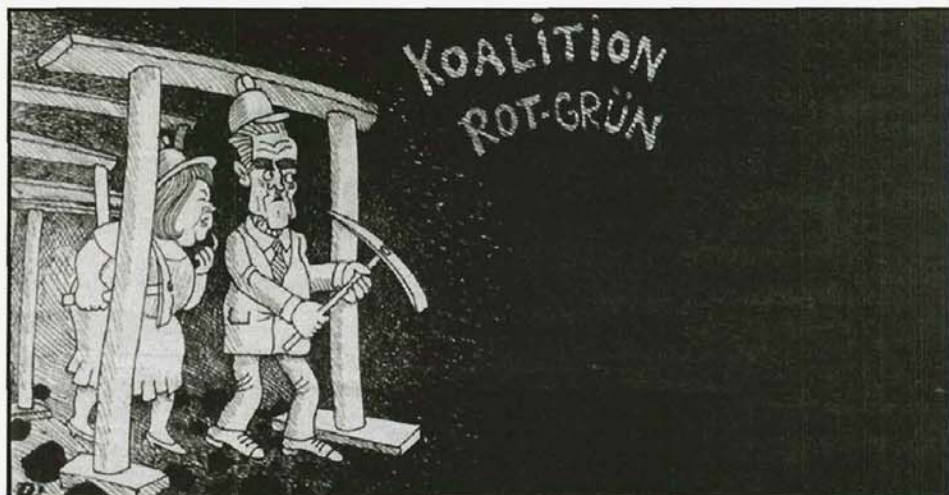
Schnoor: Lücken in der Gemeindeordnung schließen Ausländerbeirat: Wahlverfahren umstritten

Die neue Gemeindeordnung des Landes sieht von einer Festlegung des Wahlverfahrens (Verhältnis- oder Mehrheitswahl) bei der Wahl der Vorsitzenden und Stellvertreter in den Ausländerbeiräten ab.

Das habe in Bonn, so die CDU-Abgeordnete Ruth Hieronymi in einer Mündlichen Anfrage, zur Diskussion darüber geführt, ob diese Wahl nach den demokratischen Grundsätzen bei den Wahlen zu den Ämtern in Rat, Bezirksvertretungen und Ausschüssen ablaufen soll oder ob ohne Rücksicht auf die angemessene Vertretung der im Ausländerbeirat vertretenen Gruppierungen stattzufinden hat.

In seiner Antwort in der Fragestunde am 30. Juni ließ der geschäftsführende Innenminister des Landes, Dr. Herbert Schnoor (SPD), eine „gewisse“ Sympathie für ein Vorgehen wie bei der Wahl des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter erkennen, doch „die Gesetzesformulierung steht dem entgegen“. Er sehe keine Anhaltspunkte, die eine Analogie zu der Wahl des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter rechtfertigten. Darum müsse hier nach dem Mehrheitswahlprinzip verfahren werden. Es

stehe dem Gesetzgeber und der Regierung jedoch frei, bei einer erforderlichen Änderung der Gemeindeordnung diese Frage aufzugreifen und in dem besagten Sinne zu ändern: „Persönlich hätte ich Sympathie dafür“, merkte Schnoor an.



Vor der Hacke ist es duster

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Erklärungen

Um Rechte der Opposition und Rechte der Mehrheit ging es bei Erklärungen, die zur Absetzung eines CDU-Antrages von der Tagesordnung abgegeben wurden. (Seite 2)

Ausbildungsplätze

Um einen Beitrag zur Behebung des Lehrstellenmangels zu leisten, will die Landesregierung ihr Angebot an Ausbildungsplätzen erhöhen. (Seite 5)

Antworten

Die Antworten der Landesregierung auf drei Große Anfragen aus der 11. Wahlperiode greifen die Fraktionen parlamentarisch auf. (Seiten 4 und 17)

Geschäftsordnung

Der Landtag hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, die das parlamentarische Geschehen in Regeln faßt. (Seite 19)

Landesverfassung

Vor 45 Jahren wurde die Landesverfassung angenommen und in einer Volksabstimmung bestätigt. (Seite 20)

Brandenburg

Ein ehemaliger NRW-Abgeordneter hat ein Buch mit Erfahrungen kommunaler Mandatsträger in Brandenburg herausgegeben. (Seite 21)

SPD und GRÜNE setzen CDU-Antrag zur Lage in NRW von Tagesordnung ab

Linssen fürchtet um die Rechte des Parlaments Matthiesen und Vesper vermuten ein Störmanöver

Im nordrhein-westfälischen Landtag ist es am 30. Juni zu einer ersten Auseinandersetzung zwischen SPD und Grünen auf der einen sowie der CDU auf der anderen Seite gekommen. Sozialdemokraten und Grüne setzten mit ihrer Mehrheit eine von der Union beantragte Debatte zum Thema „NRW nach dem 14. Mai: Zukunftsblokkaden vermeiden“ von der Tagesordnung ab.

Gleich nachdem Landtagspräsident Ulrich Schmidt die Plenarsitzung eröffnet hatte, meldete sich der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, **Klaus Matthiesen**, zu Wort. Er betonte, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN hätten als Konsequenz aus dem Wahlergebnis vom 14. Mai 1995 in den vergangenen Wochen sehr intensiv über eine mögliche Koalition verhandelt. „Der erreichte Stand muß von beiden Parteien an dem vor uns liegenden Wochenende beraten werden“, erklärte Matthiesen am Freitag, 30. Juni. Er fuhr fort, der von der CDU-Fraktion eingebrachte Antrag mit der Überschrift „NRW nach dem 14. Mai: Zukunftsblokkaden vermeiden“, der wolle schon heute und damit vor der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten die anderen Fraktionen des Landtags zu Aussagen über die künftige Landespolitik zwingen. Die Initiative der CDU sei deshalb nicht Ausdruck der Sorge um das Land Nordrhein-Westfalen, sondern ein parteitaktisches Störmanöver. „Die Aussprache über die Regierungserklärung des neugewählten Ministerpräsidenten — nicht der Antrag der CDU — ist die Grundlage für die Grundsatzdebatte. Es ist deshalb ein logischer Vorgang, daß ich hier einen Antrag zur Tagesordnung stelle. Denn für eine Grundsatzdebatte über die Landespolitik besteht heute keine Notwendigkeit“, unterstrich der SPD-Fraktionschef. Er stellte deshalb den Antrag und bat darum, diesen Tagesordnungspunkt nach Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Landtags heute (30. Juni) von der Tagesordnung der Plenarsitzung abzusetzen.

Dr. Helmut Linssen, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erklärte in seiner Erwiderung: „Das scheint, Herr Kollege Matthiesen, der neue Stil in diesem Hause zu werden!“ Man komme gerade aus einer Ältestenratssitzung. Er meine, es wäre ein Gebot der Fairneß gewesen, das zumindest in der Ältestenratssitzung, in der man immer die Tagesordnung der Plenarsitzung festlege, den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen mitzuteilen. Linssen betonte: „Jeder, der den Antrag gelesen hat, weiß, daß er sich jeder parteipolitischen Wertung enthält, daß er die Grundpositionen, die die beiden großen Fraktionen in der letzten Legislaturperiode hier übereinstimmend formuliert haben, noch einmal in großer Sorge um die Zukunft Nordrhein-Westfalens nennt“.

Nach Linssens Rede ließ der Landtagspräsident abstimmen. Mit den Stimmen von SPD und Grünen wurde der Antrag abge-



Rechte der Opposition, Rechte der Mehrheit: v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Klaus Matthiesen (SPD), und Dr. Michael Vesper (GRÜNE).
Fotos: Schälte

lehnt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Heinz Hardt, beantragte daraufhin eine Unterbrechung für eine halbe Stunde. Eine neuerliche Ältestenratssitzung schloß sich an. Nachdem das Plenum dann wieder zusammengetreten war, erfolgten Erklärungen außerhalb der Tagesordnung.

Dr. Helmut Linssen (CDU) sagte, seit dem 21. Juni habe dieser Tagesordnungspunkt, der durch die rot-grüne Mehrheit abgesetzt worden sei, auf der Tagesordnung gestanden. Es sei allen bekannt gewesen, daß weder ein Ministerpräsident heute (30. Juni) gewählt werde, noch daß eine Regierungserklärung abgegeben würde. Man sei trotzdem der Meinung gewesen, daß es richtig gewesen wäre, über diese acht Punkte zu sprechen. Gestern (29. Juni) habe Matthiesen Gelegenheit genommen, mit 10 000 Bergarbeitern über eines der Themen zu debattieren. „Dieses Recht wird heute dem Parlament durch die Mehrheit verweigert“. Über das Verhalten der Grünen habe man sich gewundert, die in der letzten Legislaturperiode immer den Eindruck erweckt hätten, als ginge es ihnen ganz besonders darum, die Rechte des Parlaments zu wahren. Der Vizepräsident des Hohen Hauses, Dr. Klose, habe erklärt, daß er seit 1966, solange sei er Mitglied, so etwas noch nicht erlebt habe. Das gehe an die parlamentarische Substanz. „Dies ist ein schlechter Stil“, schloß Linssen.

Klaus Matthiesen (SPD) erläuterte, er sei viel zu lange Parlamentarier, und er sei im übrigen auch wie Linssen viele Jahre Oppositionsführer gewesen, um nicht zu wissen, was die CDU in Wahrheit bewege. „Es ist Ihr

gutes Recht als Opposition — wer sollte Ihnen das übelnehmen; ich hätte es genauso gemacht, wenn ich an Ihrer Stelle gewesen wäre, parallel zu nicht ganz einfachen Koalitionsverhandlungen nach Ihrer Auffassung die Gunst der Stunde zu nutzen und im Vorfeld einer noch nicht stattgefundenen Regierungserklärung eines neu zu wählenden Ministerpräsidenten und im Vorfeld von zwei noch ausstehenden Parteitag den Versuch zu unternehmen, hier im Parlament eine Grundsatzdebatte mit dem Ziel zu führen, die beiden möglichen Koalitionsfraktionen durch das Abstimmungsverhalten hier festzulegen. Dies ist das gute Recht der Opposition. Aber es ist auch das gute Recht einer Mehrheit, dies zu erkennen und deutlich durch Abstimmung zu sagen, daß wir das nicht zulassen“. Matthiesen sagte voraus, diese Landespolitik werde genauso wie in der Vergangenheit darauf zu achten haben, daß der Industrie- und Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig bleibe, daß man Verbesserungen in der Umwelt bekomme, daß man weiterhin an der Politik der sozialen Verantwortung festhalte.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, hielt der CDU vor, sie versuche hier vordergründig zu taktieren. Es gehe ihr darum, während einer laufenden Koalitionsverhandlung und — was wichtiger sei — vor den beiden Parteitagen die beiden Parteien festzulegen. „Das geht nicht. Unser Demokratieverständnis sagt: Über den Abschluß einer Koalition zwischen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben allein die beiden Parteitage zu entscheiden und nicht irgendwelche Scheindebatten hier im Landtag“. Beide Seiten hätten nämlich in dieser Koalitionsvereinbarung, in der Sachvereinbarung, schwere Kompromisse schließen müssen. Beide Seiten hätten in dieser Koalitionsvereinbarung ihre Wunden davongetragen, folgerte Vesper.

Wegen der Parlamentsferien erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ erst wieder am 12. September 1995.

Linssen gratuliert – Grüne Sonnenblumen – Schmidt wünscht Glück

„Herr Ministerpräsident, bleiben Sie gesund!“

Die Uhren zeigten am vergangenen Donnerstag exakt 11.45 Uhr, als Landtagspräsident Ulrich Schmidt das Ergebnis der Wahl zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten bekanntgab. Der Präsident führte aus: „Dem Landtag gehören 221 Abgeordnete an. Entschuldigt ist eine Abgeordnete. Abgegeben worden sind 220 Stimmen, davon gültig: 220. Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Dr. Rau 129.“ Bei den Fraktionen von SPD und GRÜNEN, die nun eine rot-grüne Koalition bilden wollen, setzte lang anhaltender Beifall ein.

Der Landtagspräsident teilte dann weiter mit: „Für den Abgeordneten Dr. Linssen stimmten 89 Kolleginnen und Kollegen.“

Auch die CDU-Abgeordneten sparten nicht an Beifall. Der Präsident berichtete weiter, zwei Abgeordnete hätten sich der Stimme enthalten. Das Protokoll notiert „Oh-Rufe“ und wieder Beifall bei der Union. Doch Ulrich Schmidt ließ sich nicht beirren, indem er feststellte: „Damit hat Herr Abgeordneter Dr. Rau die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags — das sind 111 — erhalten und ist zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt worden.“ Der Landtagspräsident fragte dann den Abgeordneten Rau, ob er die Wahl annehme. Johannes Rau erwiderte: „Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.“ Wiederum kam starker Beifall auf.

Als erster gratulierte CDU-Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen dem alten und neuen Ministerpräsidenten. Es folgten die GRÜNEN mit Bärbel Höhn an der Spitze, die einen Sonnenblumenstrauß überreichte. Der neue GRÜNE-Abgeordnete Ewald Groth verband seine Gratulation mit der Überreichung einer mit Sonnenblumen bedruckten grünen Krawatte, auf die Rau etwas irritiert herunterschaute. Es folgten die Gratulanten aus der eigenen Partei mit SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen an der Spitze.

Nach den Gratulationen wünschte Landtagspräsident Ulrich Schmidt dem Regierungschef im Namen des Hohen Hauses für seine Arbeit viel Glück und Erfolg zum Wohle aller Mitbürgerinnen und Mitbürger in Nordrhein-Westfalen. „Diese Arbeit wird nach Ihrer fünften Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes sicherlich nicht einfacher werden. Herr Ministerpräsident, bleiben Sie gesund und haben Sie weiterhin eine glückliche Hand bei Ihren schwierigen Geschäften! Glück auf!“ Schmidt schritt anschließend zur Verteidigung des Ministerpräsidenten, während sich die Abgeordneten wieder von ihren Sitzen erhoben. Den Amtseid schreibt der Artikel 53 der Landesverfassung vor.

Zur Leistung des Amtseides begab sich der Ministerpräsident zum Präsidenten. Die Verteidigung erfolgte mit religiöser Beteuerung. Abschließend übermittelte auch der Landtagspräsident seinen herzlichen Glückwunsch und überreichte ebenfalls einen Blumenstrauß, diesmal in den Landesfarben grün-weiß-rot mit vielen Margeriten und darinnen als Tupfer rote Rosen.



Abgeordnete, Medienvertreter und Gäste hatten sich von ihren Sitzen erhoben, als Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) dem alten und neuen Regierungschef Johannes Rau (SPD) den Amtseid abnahm.



Die GRÜNEN-Spitzenpolitiker Dr. Michael Vesper (l.) und Bärbel Höhn (2.v.l.) gratulierten Johannes Rau mit einem Strauß Sonnenblumen.



Als erster gratulierte nach der Wahl CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen (l.) dem Ministerpräsidenten. SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen (3.v.l.) schloß sich an.

Fotos: Schälte

Zytologie-Schulen

Ob die Landesregierung die Zytologie-Schulen in Köln und Düsseldorf Ende September schließen werde, wollen die CDU-Abgeordneten Hermann-Josef Arentz, Richard Blömer und Maria-Theres Ley wissen. Wie es in einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten heißt, plane die Landesregierung nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft zytologisch tätiger Ärzte in Deutschland die Angliederung an bestehende MTA-Schulen (Drs. 12/25; Zytologie = Aufbau und Funktion der Zellen).

„Debatte um ungesühnte NS-Verbrechen ist noch längst nicht an ihrem Ende“

Auf Wunsch der Fraktionen hat der 12. Landtag eine Große Anfrage aus der 11. Wahlperiode beraten. Am 30. Juni erörterten die Abgeordneten die Große Anfrage 38 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 11/7432) und die Antwort der Landesregierung darauf (Drs. 11/8832). Thema: Aufklärung von NS-Verbrechen durch die nordrhein-westfälische Justiz.

Brigitte Schumann (GRÜNE) unterstrich den Standpunkt der Landesregierung, daß die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen noch nicht beendet sei; diese Einschätzung sei eine tragfähige gemeinsame Basis, auf der alle Fraktionen den Komplex parlamentarisch weiterbehandeln und vertiefen sollten. Für das Scheitern einer systematischen Strafverfolgung sei vor allem die Rechtskonstruktion verantwortlich, die zwischen Tätern (Hitler, Himmler, Göring und Heydrich) und Gehilfen unterscheidet. Es sei zu fragen: „Waren nicht alle, die im NS-Vernehmungsapparat eingebunden waren, in Wirklichkeit Mitglieder einer kriminellen, ja sogar terroristischen Vereinigung? Hätten sie nicht entsprechend verfolgt werden müssen?“ In diesem Punkt hätte die Landesregierung deutlicher werden müssen, fand Schumann und wandte sich an den Justizminister: Wenn er schon im allgemeinen das Vorgehen der Justiz kritisch beurteilt, dann habe ihm möglicherweise in konkreten, die Justizgeschichte des Landes betreffenden Fällen diese Kraft gefehlt. Sie nannte hier den Fall Anton Malloth, wo der Eindruck entstanden sei, die Justiz schütze möglicherweise einen mutmaßlichen NS-Verbrecher. Schumann schloß: „Wir sind am Anfang und nicht am Ende einer unglaublich wichtigen Debatte. Ich hoffe, daß wir in dieser Koalition mit der SPD diesen Prozeß mitgestalten können. Ich hoffe, daß wir ihn mit der CDU gemeinsam gestalten können.“

Reinhold Trinius (SPD) war dem Justizminister dankbar für eine Klarheit, die er bisher noch von keinem anderen Justizminister der Bundesrepublik gehört habe, etwa wenn der Landesjustizminister feststelle, daß die Verbrechen, die NS-Gerichte gegen Tausende von politisch Verfolgten, Juden und Fremdvölkischen begangen habe, un-

gesühnt geblieben seien. Es sei richtig, daraus zu schließen, daß der Eindruck vermieden werden müsse, als sei die Aufarbeitung von NS-Vergangenheit abgeschlossen und die NS-Verbrechen juristisch abgegolten. Aber nicht nur Urrechtsurteile seien ungesühnt geblieben, „höchste Gerichte in Deutschland haben das Richterprivileg erfunden, eine wüste Abkehr von jeglicher europäischer Rechtstradition“. Es bedeute, daß einem Richter Rechtsbeugung nur dann vorgeworfen werden könne, wenn er mit unbedingtem Vorsatz das Recht habe beugen wollen, und das setze ein Geständnis voraus. Auf diese Weise sei ein Mann wie Hans-Joachim Reese, der an 231 Todesurteilen mitgewirkt habe, freigesprochen worden. Die Gerichte allein könnten mit den Fragen nicht fertig werden, dazu bedürfe es der gemeinsamen und solidarischen Anstrengung aller, „soweit wir uns den Grundsätzen der europäischen Aufklärung weiterhin verpflichtet und verbunden fühlen“.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) dankte für die gute Arbeit, die das Justizministerium mit der Beantwortung der Großen Anfrage geleistet habe. Zudem stellte er unter Hinweis auf die Reihe der KZ-Prozesse fest, unter schwierigsten Umständen habe die nordrhein-westfälische Justiz Hervorragendes geleistet. Klose erinnerte daran, „daß ein erheblicher Teil der uns allen Unbehagen bereitenden Tatsache, daß unzureichend aufgeklärt und verfolgt worden ist, darin besteht, daß Besatzungsrecht in der Zeit zwischen 1945 und praktisch 1955 verhindert hat, daß sich deutsche Gerichte mit der Verfolgung von NS-Verbrechen beschäftigen konnten, weil sie nicht zuständig waren“. Mit zur ganzen Wahrheit gehöre auch, daß die Bereitschaft der Behörden im Ostblock gering gewesen sei, an der Aufklärung mitzuwirken; im DDR-Staatsapparat seien NS-Verbrecher beschäftigt und gedeckt worden, nur um die Bundesrepublik der „faschistischen Kumpanei“ bezichtigen zu können. Klose rief in Erinnerung, daß es die Regierung Meyers gewesen sei, die im Lande die beiden einzigen Zentralstellen für die Aufklärung von NS-Verbrechen gegründet habe. Manches an den Versäumnissen sei auch mit der damaligen Bewußtseinslage

zu erklären, die mit der Beendigung der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg das ganze Thema als erledigt ansah. Wenn man aus dem Ganzen eine Lehre ziehen wolle, dann die: „Egal in welcher Stellung man verantwortlich oder weniger verantwortlich einem totalitären System gedient hat, man darf dann nicht mehr als Richter in Betracht kommen — aber auch nicht als Ministerpräsident, wenn man zur Kooperation bereit gewesen ist.“

Roland Appel (GRÜNE) riet dazu, „zwischen den Verbrechen der ehemaligen DDR und den Abscheulichkeiten des NS-Regimes gegen die Menschlichkeit doch etwas vorsichtiger zu differenzieren“. Unter Hinweis auf einige besonders abscheuliche Verbrechen während der Naziherrschaft fragte Appel, was solche Täter, die privat als liebevolle Väter oder als gute Mütter beschrieben worden seien, an den „Abgrund der zivilisatorischen Schwelle“ habe bringen können. Der Abgeordnete weiter: „Daß so etwas nicht ganz aus der Welt ist, das belegen, so meine ich, viele aktuelle Ereignisse, sei es in Kriegsgebieten anderswo, sei es hin zu Dingen, die für mich auch mit den Worten Hünxe, Solingen und den Namen anderer Orte beginnen könnten.“ Er denke, das sollte allen Mahnung bleiben und auch hier zur Sprache kommen.

Dr. Rolf Krumsiek (SPD), geschäftsführender Justizminister, erklärte, die Diskussion habe deutlich gemacht, daß die Bemühungen, die Verbrechen des NS-Regimes mit den Mitteln des Strafrechts aufzuarbeiten und ihren Opfern gar Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, zu den unbefriedigenden und schwierigen Komplexen deutscher Nachkriegsgeschichte gehörten. Er berichtete, daß nach 1945 gerade hier in der britischen Besatzungszone die Besatzungsmacht erkannt habe, daß sie das Chaos nur beherrschen könne, wenn sie eine einigermaßen funktionierende Justiz habe. Sie sei mit den unbelasteten Richtern und Staatsanwälten nicht ausgekommen, und es habe ein sogenanntes Huckepackverfahren gegeben, daß auf einen unbelasteten Richter oder Staatsanwalt ein belasteter habe eingestellt werden können. Damals habe die Auffassung vorgeherrscht, daß ein dicker Schlußstrich gezogen werden sollte. Der Minister erinnerte auch an die quälende Diskussion über die Frage, wann denn Mord verjähre. Erst kurz vor Ablauf der 30-Jahresfrist 1979 habe sich der Bundestag dann bereit erklärt, Mord grundsätzlich nicht verjähren zu lassen. „Wir in Nordrhein-Westfalen versuchen mitzuhelfen, die Zeit von 1933 bis 1945 und auch danach aufzuarbeiten“, folgerte Krumsiek.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) wies Appels Bemerkung zurück, beim Vergleich der NS-Verbrechen mit denen unter dem kommunistischen DDR-Regime begangenen Zurückhaltung zu üben. Klose: „Genau diesen Vergleich werde ich aber immer ziehen, und zwar da, wo er angebracht ist.“ Es sei zwar unzufolge, daß es in der DDR keine Massenvernichtungslager gegeben habe, so etwas habe er nie vertreten. „Nur ich lasse mich, solange ich dazu sprechen kann, nicht daran hindern, stets auf die totalitären Ursprünge und Elemente dieser beiden Diktaturen hinzuweisen“. Dies müsse immer wieder deutlich gemacht werden, und zwar differenzierend und abwägend.



Weitgehende Übereinstimmung in der Frage der Verfolgung von NS-Verbrechen (v.l.): Brigitte Schumann (GRÜNE), Reinhold Trinius (SPD), Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), und der geschäftsführende Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD). Fotos: Schälte

Zeitplan soll eingehalten werden

Nordrhein-Westfalen brauche dringend ein Landespflegegesetz, um die bundesweit eingeführte Pflegeversicherung auf Landesebene umzusetzen, betonte in seiner Mündlichen Anfrage Hermann-Josef Arentz (CDU): Während andere Länder dies schon geleistet hätten oder dabei seien, wenigstens Eckpunkte zu beraten, liege in Nordrhein-Westfalen nichts Derartiges vor. Es sei zu befürchten, daß der Termin zur Vorlage eines Referentenentwurfs nicht eingehalten werde; das sei „untragbar“. Arentz: „Wann kommt die Landesregierung endlich ihrer Verpflichtung nach und legt dem Landtag einen zwischen den Ressorts abgestimmten Gesetzentwurf für ein Landespflegegesetz vor?“

In seiner Antwort erinnerte Sozialminister Franz Müntefering (SPD) an seine Zusage, daß der Referentenentwurf für die Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes noch vor der Sommerpause dem Kabinett zur Beratung vorgelegt werde. Anschließend werde der Entwurf im Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen erörtert: „Das Inkrafttreten des Gesetzes ist für den Beginn des Jahres 1996 vorgesehen.“ Zu dieser Ankündigung stehe er nach wie vor, erklärte der Minister und nannte als Regelungsbereiche des Referentenentwurfs: Finanzierung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, Zuständigkeitsregelung für die Finanzierung ambulanter Dienste sowie Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen, Finanzierung komplementärer sozialer Dienste, Modernisierungsmaßnahmen im stationären Bereich, Einführung eines Landespflegegeldes, Errichtung von kommunalen Beratungsvermittlungsstellen sowie Errichtung von Pflegekonferenzen. Im übrigen, ergänzte der Minister, würden auch in diesem Jahr die ambulanten Dienste und die Sozialdienste voll von der Landesregierung und vom Land gefördert. Die Förderung sei zum 1. April nicht unterbrochen worden. Müntefering: „Das heißt, es gibt keinen Grund, vor Ort in Zweifel zu ziehen, ob und wie wir die sozialen Dienste unterstützen. Das läuft unverändert weiter.“ Man habe sich bei der Umsetzungsarbeit nichts vorzuwerfen, alles, was getan werden mußte, sei getan. „Wir werden das zügig, aber solide erledigen.“ Diese nordrhein-westfälische Linie habe sich bewährt, fügte Müntefering hinzu.

Mehr Ausbildung in der Landesverwaltung

Auf die sehr angespannte Ausbildungsplatzsituation im Lande hat der CDU-Abgeordnete Hermann-Josef Arentz hingewiesen: Es gebe Schätzungen, daß in diesem Jahr 10 000 Schulabgänger in Nordrhein-Westfalen keinen Ausbildungsplatz fänden: „In einer solchen für die Jugendlichen bedrohlichen Situation muß der öffentliche Dienst und dort an der Spitze die Landesverwaltung mit gutem Beispiel vorgehen und verstärkt Ausbildungsplätze schaffen.“

Die Landesregierung sei sich ihrer Verantwortung für ein ausreichendes Lehrstellenangebot bewußt, erklärte Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) auf die Mündliche Anfrage. „Vor dem Hintergrund des großen Ausbildungsstellenmangels hat sie am 2. Mai 1995 beschlossen, die Zahl der neuen Ausstellungsverhältnisse im Jahr 1995 im dualen System gegenüber dem Jahr 1994 um fünf Prozent zu erhöhen“, teilte der Mini-

ster in der Fragestunde des Landtags am 30. Juni mit. Außerdem stünden im Jahr 1995 über 31 000 Stellen für die Ausbildung von Beamten im Vorbereitungsdienst zur Verfügung.

Müntefering: „Damit hat die Landesregierung rechtzeitig Vorkehrungen getroffen, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten Jugendlichen vermehrt eine Ausbildungschance in der Landesverwaltung im dualen System zu geben. Ausfallbürgen für die fehlenden Ausbildungsplätze in der Wirtschaft kann sie aber nicht sein.“

Der Minister forderte die Unternehmen dringend auf, „schnell das zugesagte Plus an Ausbildungsplätzen von fünf Prozent anzubieten“. Auf Arentz' Nachfrage teilte Müntefering ergänzend mit, daß der Landeshaushalt 1995 ermögliche, die fünfprozentige Aufstockung vorzunehmen. Man werde in den nächsten Wochen dafür sorgen, daß diese Ausbildungsplätze im Land bekannt und genutzt würden.



Im Rahmen des Exkursionsprogramms während eines Deutschkurses stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des höheren Dienstes bei verschiedenen EU-Gemeinschaftseinrichtungen und dem Europarat dem Landtag Ende Juni einen Besuch ab. Dort wurden sie von Ilka Keller (CDU, stehend) in Vertretung von Landtagspräsident Ulrich Schmidt und dem Vorsitzenden der Unterkommission „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ des 11. Landtags, Jürgen Büssow (SPD), die beide verhindert waren, empfangen. Die 19 Europabeamten bleiben vier Wochen in NRW; ihr Sprachkurs findet im Soester Institut für Schule und Weiterbildung statt. Rechts im Bild (v.l.) die Abgeordneten Hans Kern (SPD) und Hermann-Josef Schmitz (CDU). Als weiteres Kommissionsmitglied nahm auch der SPD-Abgeordnete Uwe Herder teil.

Anspruch auf Kindergartenplatz: Besondere Angebote sollen Lücken füllen

„Ohne Stichtagsregelung fehlen nach Angaben der Landesregierung am 1. Januar 1996 in Nordrhein-Westfalen 148 700 Kindergartenplätze. Das heißt, in den verbleibenden 185 Tagen bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs müßten pro Tag 804 Kindergartenplätze neu geschaffen werden, damit für jedes dreijährige Kind am 1. Januar 1996 ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Das ist natürlich nicht zu schaffen“, erklärte Antonius Rösenberg (CDU) in seiner Mündlichen Anfrage zum Stand der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz im Lande.

Minister Franz Müntefering (SPD) führte in

seiner Antwort aus, die Landesregierung halte am Rechtsanspruch fest, sie sei aber nach wie vor dafür, diesen Anspruch einlösbar zu gestalten und den Gemeinden bei der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages zu helfen. Dem Bundesrat in Bonn liege auf Antrag Schleswig-Holsteins ein Gesetzentwurf vor. Er greife die Stichtagsregelung, die Verlängerung des Erziehungsurlaubs und eine Regelung auf, „die es erlaubt, daß der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zur Überbrückung auch durch ein gleichwertiges Förderangebot erfüllt wird“. Darüber werde der Bundesrat voraussichtlich am 14. Juli beschließen.

Auf die Situation im Lande eingehend erläuterte Müntefering, daß ein möglicher Stichtag am 1. August 1996 nicht in allen Städten Nordrhein-Westfalens erreichbar wäre. Einigen Städten und Gemeinden werde es bis dahin nicht möglich sein, den Rechtsanspruch zu erfüllen: „Für die Überbrückungszeit bis zum Gelingen des vollen Rechtsanspruchs muß eine Möglichkeit geschaffen werden, durch qualifizierte Substitute dem Anspruch der Eltern und der Kinder gerecht zu werden.“

Er glaube nicht, daß es nötig sei, Notprogramme aufzulegen. Wirksamer sei es, für eine Übergangszeit von etwa zwei Jahren dafür zu sorgen, daß die Eltern Angebote in Form von Nachmittagsgruppen, Spielgruppen und Tagespflege bekommen.

Kooperation bei Entsorgung und Verwertung von Müll funktioniert

Die Ankündigung des Kölner Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes, künftig Müll aus anderen Bundesländern zu importieren und zu verwerten, „um Kosten zu senken“, war für die CDU-Abgeordnete Dr. Anemarie Schraps Anlaß, Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), zugleich geschäftsführender Umweltminister des Landes, danach zu fragen, ob die Landesregierung von ihrer bisherigen Linie abzuweichen gedenke, die Müllimporte kategorisch ausschloß und jedes Bundesland für ausreichende und umweltschonende Entsorgung des eigenen Mülls verantwortlich erklärte.

Zu Beginn seiner Antwort in der Fragestunde des Landtags am 30. Juni stellte Rau fest: „Es gibt keinen Dissens zwischen der grundsätzlichen Konzeption der Abfallpolitik der Landesregierung und den Regierungspräsidenten; natürlich auch nicht mit dem Regierungspräsidenten in Köln.“

Die Nachrüstung aller vorhandenen Entsorgungsanlagen und ein hohes Niveau der Entsorgung hätten in der jüngsten Vergangenheit zu einer spürbaren Erhöhung der Entsorgungskosten geführt. Die Kostensituation habe sich zusätzlich verschärft, weil mit der Erhöhung der Entsorgungsqualität nachweisbar auch ein deutlicher Rückgang der Abfallmengen einhergegangen sei.

Zwar hätten steigende Kosten zur Verminderung der Abfallmengen beigetragen, andererseits müßten die steigenden Entsorgungskosten in den Griff bekommen wer-

den, „damit wir verhindern, daß Bürger und Wirtschaft überfordert werden“.

Deshalb wirkten die Bezirksregierungen darauf hin, im Wege von Kooperation zwischen entsorgungspflichtigen Körperschaften eine kapazitätsgerechte Auslastung und Wirtschaftlichkeit der vorhandenen Entsorgungsanlagen zu erreichen. Die angespannte Kostenlage und die zum Glück verringerte Abfallmenge hätten zu neuen Kooperationsüberlegungen geführt, die über die Grenzen eines Kreises und eines Regierungsbezirkes hinausgingen: „Es gibt innerhalb des Landes keine Grenzen der Kooperation.“ Zudem könne die Kooperation zwischen benachbarten Körperschaften und Regierungspräsidenten auch dann sinnvoll sein, wenn ihre gemeinsame Grenze zufällig eine Ländergrenze sei, betonte Rau.

Gleichwohl stehe die Landesregierung nach wie vor zu der Verabredung der Umweltminister über die Schaffung einer ausreichenden Entsorgungsstruktur im jeweils eigenen Land. Diese Verabredung schließe ein, daß in dringenden Einzelfällen und in einem mengenmäßig und zeitlich begrenzten Rahmen gegenseitige Hilfe über Ländergrenzen hinweg stattfinden kann:

Über die deutlich veränderte Situation und über die strikte Überprüfung der Mengengerüste und des Anlagenbedarfs gebe es einen ständigen Informationsaustausch unter den Bezirksregierungen. Die laufende Koordinierung der veränderten Mengengerüste und die inzwischen erfolgte restriktive Anpassung des Anlagenbedarfs belegten, daß die Landesregierung und ihre Bezirksregierungen auf die deutlich veränderte Situation in der Abfallwirtschaft unverzüglich und sachgerecht reagiert hätten und auch weiterhin reagierten: „Damit sind zusätzliche Einforderungen landesweiter Koordinierungen nicht nötig.“

„Keine Kehrtwende“

Wer trägt Verantwortung und Kosten für die Fehlplanung der Deponie Laar in Höhe von mehr als 130 Millionen Mark, fragte Dietrich Thiede (CDU) in der Fragestunde des Landtags. Zur Planung dieser Deponie habe der Zweckverband in nunmehr zehn Jahren diese Summe aufgebracht, für die monatlich rund 600 000 Mark an Zinsen fällig würden.

Ministerpräsident und Umweltminister Johannes Rau (SPD) stellte richtig: Die so geschilderte Problemlage basiere „offensichtlich auf einem in vielen Punkten unzutreffenden Informationsstand“. Im Zentrum der Mißverständnisse stünden aus seiner Sicht die Funktion der Verbunddeponie Herford-Laar und Verantwortung und Zuständigkeiten der Landesregierung.

Bei der geplanten Deponie Herford-Laar handle es sich um eine Restmülldeponie zur Ablagerung von Abfällen, die der kommunalen Entsorgungspflicht unterlägen. Es habe auch Überlegungen gegeben, in begrenztem Umfang Sonderabfall aus der Region mit zu entsorgen. Dieser Umstand sei vor Ort überbetont, vom Umweltminister allerdings zurechtgerückt worden.

„Wir können in Nordrhein-Westfalen dank einer erfolgreichen Entsorgungspolitik seit Anfang der 90er Jahre einen starken Rückgang der in Industrie und Gewerbe entstehenden Abfälle, also auch der Sonderabfälle, verzeichnen. Dieser Rückgang der zu entsorgenden Sonderabfälle hat die Landesregierung veranlaßt, ihre anlagenbezogenen Zielaussagen so früh wie möglich restriktiv zu überdenken“, erklärte Rau, „konsequenterweise wurde der Standortsuchprozeß für eine Sonderabfalldeponie im Regierungsbezirk Detmold schon Anfang 1994 beendet“. Es sei festzuhalten, daß die Landesregierung keinerlei Kehrtwende ihrer Entsorgungspolitik vollzogen habe.

Wahl von Mitgliedern

Der Landtag hat auf Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN seine Mitglieder in den Ausschuß für Wohnungsbauförderung bei der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen gewählt. Es sind für die SPD **Adolf Retz**, **Gerd-Peter Wolf** und **Eilen Werthmann**, für die CDU **Brunhild Decking-Schwill**, **Alfons Löseke** und **Siegfried Zellnig** sowie für die GRÜNEN **Hedwig Tarner**. Auf Vorschlag der Fraktionen sind als Mitglieder des Landtags in das Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ für die SPD **Claudia Nell-Paul** und als Stellvertreter **Ernst-Martin Walsken**, für die CDU **Dr. Jörg Twenhöven** und als Stellvertreterin **Hildegard Matthäus** sowie für die GRÜNEN **Brigitte Herrmann** und als Stellvertreterin **Brigitte Schumann** berufen worden. Der Landtag hat ferner seine Mitglieder in den Stiftungsrat der „Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege“ gewählt. Es sind für die SPD **Bodo Champignon** und **Wolfram Kuschke** mit den Stellvertretern **Vera Dedanwala** und **Hermann Jansen**, für die CDU **Georg Gregull** und **Otti Hüls** mit den Stellvertretern **Wilhelm Krömer** und **Ursula Monheim** sowie für die GRÜNEN **Daniel Kreutz** mit **Mari- anne Hürten** als Stellvertreterin.



Die neue Sitzordnung ist fast die alte — nur ist die CDU-Fraktion auf dem Bild ein wenig nach rechts gerutscht oder hat sich — was ebenfalls keine politische Aussage sein soll — aus der Sicht des Präsidiums ein wenig auf die Regierungsbank zubewegt. Von der Stirnseite aus betrachtet hat die SPD-Fraktion links mit ihren 108 Mitgliedern Platz genommen; im Rund des Plenums schließen sich dann die 24 Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Ihnen folgen die 89 Angehörigen der CDU-Fraktion, von denen ein Teil die Sitze und Pulte der 14 Mitglieder der ehemaligen F.D.P.-Fraktion übernommen hat, die nicht mehr in den 12. Landtag gewählt worden ist. Foto: Schälte

23 Ausschüsse und Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“

Nach der Wahl des Ministerpräsidenten und seiner Verteidigung konstituierten sich am 6. Juli die Ausschüsse des NRW-Landtags in der 12. Wahlperiode. In ersten Sitzungen wählten die Ausschüsse ihre Vorsitzenden und die Stellvertreter. Bereits am 1. Juni hatte sich der Ausschuß für Grubensicherheit konstituiert. Neu hinzugekommen ist der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten. Der Ausschuß für Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit war zuvor ein Unterausschuß des Hauptausschusses. Nicht neu gebildet wurde der Ausschuß „Mensch und Technik“. Seine Thematik soll in der Enquetekommission

„Zukunft der Erwerbsarbeit“ behandelt werden. In 13 Ausschüssen stellen SPD-, in acht CDU- und in zwei Grünen-Abgeordnete die Vorsitzenden. Zahlenmäßig größter Ausschuß mit 25 Mitgliedern ist der Petitionsausschuß. Es folgen Haushalts- und Verkehrsausschuß mit 23 Mitgliedern. Der Ausschuß für Grubensicherheit hat nur noch elf gegenüber vorher 15 Mitglieder. Je 13 Mitglieder haben der Rechtsausschuß und die Ausschüsse für Haushaltskontrolle und für Migrationsangelegenheiten. Nachstehend die Namen der ordentlichen Mitglieder.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Vorsitzender: Champignon, Bodo, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Harbich, Helmut, CDU

SPD
Champignon, Bodo
Dedanwala, Vera
Eumann, Marc Jan
Gorcitza, Gabriele
Jansen, Hermann
Kuschke, Wolfram
Meise-Laukamp, Ina
Radtke, Horst
Scheffler, Michael
Vöge, Horst

CDU
Arentz, Hermann-Josef
Gemkow, Angelika
Gregull, Georg
Harbich, Helmut
Henke, Rudolf
Hüls, Otti
Krömer, Wilhelm
Monheim, Ursula
Riebinger, Wilhelm

Bündnis 90/Die GRÜNEN
Kreutz, Daniel
Hürten, Marianne

Ausschuß für Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Vorsitzender: Prof. Dr. Posdorf, Horst, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Büssow, Jürgen, SPD

SPD
Büssow, Jürgen
Prof. Dr. Dammeyer, Manfred
Heckelmann, Erich
Kern, Hans
Lagemann, Inge
Nell-Paul, Claudia
Sikora, Gabi

CDU
Giltjes, Norbert
Jostmeier, Werner
Keller, Ilka
Klein, Volkmar
Prof. Dr. Posdorf, Horst
Schmitz, Hermann-Josef

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Koczy, Ute
Martsch, Siegfried

Ausschuß für Frauenpolitik

Vorsitzende: Gießelmann, Helga, SPD
Stellvertretende Vorsitzende: Appelt, Jutta, SPD

SPD
Drewke, Renate
Gießelmann, Helga
Gödecke, Carina
Kieninger, Gerda
Klößges, Sigrid
Scheffler, Michael
Speth, Brigitte

CDU
Appelt, Jutta
Blömer, Richard
van Dinther, Regina
Dr. Eckhold, Heinz-Jörg
Fasse, Marie-Luise
Gemkow, Angelika

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bainski, Christiane
Hürten, Marianne

Ausschuß für Grubensicherheit

Vorsitzender: Sohns, Eberhard, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Pangels, Franz-Josef, CDU

SPD
Degen, Manfred
Hofmann, Friedrich
Dr. Kasperek, Bernhard
Sohns, Eberhard
Vorpeil, Hans

CDU
Hüls, Otti
Kollörz, Fritz
Pangels, Franz-Josef
Recker, Bernhard
Stump, Werner

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martsch, Siegfried

Hauptausschuß

Vorsitzender: Matthiesen, Klaus, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Hegemann, Lothar, CDU

SPD
Bolte, Ursula
Burger, Norbert
Büssow, Jürgen
Degen, Manfred
Fischer, Birgit
Grätz, Reinhard
Kuschke, Wolfram
Matthiesen, Klaus

CDU
Arentz, Hermann-Josef
Hardt, Heinz
Hegemann, Lothar
Hieronymi, Ruth
Dr. Klöse, Hans-Ulrich
Dr. Linssen, Helmut
Uhlenberg, Eckhard

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Appel, Roland
Nacken, Gisela

Haushalts- und Finanzausschuß

Vorsitzender: Dautzenberg, Leo, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Harms, Günter, SPD

SPD
Frechen, Stefan
Harms, Günter
Dr. Heugel, Klaus
Kern, Hans
Krumbein-Neumann, Robert
Meyer-Schiffer, Gisela
Niggeloh, Lothar
Nowack, Willi
Talhorst, Elke
Trinius, Reinhold
Walsken, Ernst-Martin

CDU
Bensmann, Peter
Dautzenberg, Leo
Diegel, Helmut
Dr. Düttmann-Braun, Renate
Klein, Volkmar
Lux, Rainer
Meulenbergh, Karl
Riscop, Franz
Schittges, Winfried

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Bajohr, Stefan
Dr. Busch, Manfred
Landsberg, Alexandra

Ausschuß für Haushaltskontrolle

Vorsitzender: Riebinger, Wilhelm, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Talhorst, Elke, SPD

SPD
Grevenor, Walter
Harms, Günter
Ley, Gisela
Mierbach, Irmgard
Nowack, Willi
Talhorst, Elke

CDU
Balke, Franz-Josef
Breuer, Michael Thomas
Diegel, Helmut
Riebinger, Wilhelm
Seel, Rolf Wilhelm

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Bajohr, Stefan
Dr. Busch, Manfred

Ausschuß für Innere Verwaltung

Vorsitzender: Dr. Twenhöven, Jörg, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Jentsch, Jürgen, SPD

SPD
Baranowski, Frank
Bruckschen, Manfred
Frechen, Stefan
Jentsch, Jürgen
Jung, Karin
Lenz, Friedhelm
Mierbach, Irmgard
Moron, Edgar

CDU
Droste, Wilhelm
Hussing, Karin
Meyers, Heinrich
Opladen, Maria Theresia
Paus, Heinz
Stallmann, Klaus-Dieter
Dr. Twenhöven, Jörg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Appel, Roland
Dr. Hammad, Hisham

Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie

Vorsitzender: Heckelmann, Erich, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Petring, Jens, GRÜNE

SPD

Flessenkemper, Bernd
Gödecke, Carina
Heckelmann, Erich
Krauskopf, Annegret
Ley, Gisela
Schepsmeier, Friedrich
Sichau, Frank
Vöge, Horst

CDU

Appelt, Jutta
van Dinther, Regina
Kruse, Theodor
Mahlberg, Thomas
Rüsenberg, Antonius
Wilp, Josef
Zylajew, Willi

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Koczy, Ute
Petring, Jens

Ausschuß für Kommunalpolitik

Vorsitzender: Hofmann, Friedrich, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Schittges, Winfried, CDU

SPD

Budschun, Peter
Grevener, Walter
Hofmann, Friedrich
Dr. Horstmann, Axel
Moron, Edgar
Rothstein, Erika
Schaufuß, Jürgen
Siekman, Erwin
Thulke, Jürgen
Wirtz, Heinz

CDU

Britz, Franz-Josef
Leifert, Albert
Lindlar, Hans Peter
Lüke, Wilhelm
Thiede, Dietrich
Langen, Günter
Pick, Clemens
Schittges, Winfried
Dr. Twenhöven, Jörg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Groth, Ewald
Rommel, Johannes

Kulturausschuß

Vorsitzender: Kuckardt, Leonhard, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Walsken, Ernst-Martin, SPD

SPD

Böcker, Manfred
Dr. Brunemeier, Bernd
Eumann, Marc Jan
Grätz, Reinhard
Nell-Paul, Claudia
Pazdziora-Merk, Jarka
Walsken, Ernst-Martin

CDU

Blömer, Richard
Dr. Düttmann-Braun, Renate
Dr. Horn, Hans
Dr. Klingbeil, Irmgard
Kuckardt, Leonhard
Wilp, Josef

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hermann, Brigitte
Schumann, Brigitte

Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Vorsitzender: Kruse, Heinrich, CDU
Stellvertretende Vorsitzende: Schmid, Irmgard, SPD

SPD

Bergerhoff, Wilfried
Borchering, Heinrich
Drese, Wolfgang
Hombach, Bodo
Nießen, Hildegard
Rusche, Karl-Heinz
Schmid, Irmgard
Sohns, Eberhard
Steinkühler, Horst

CDU

Fasse, Maria-Luise
Kruse, Heinrich
Krömer, Wilhelm
Leifert, Albert
Lieven, Wilhelm
Pick, Clemens
Schmitz, Hermann Josef
Uhlenberg, Eckhard

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martsch, Siegfried
Mackenthun, Silke

Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

Vorsitzender: Dr. Hammad, Hisham, GRÜNE
Stellvertretender Vorsitzender: Schaufuß, Jürgen, SPD

SPD

Baranowski, Frank
Dedanwala, Vera
Eumann, Marc Jan
Kever-Henseler, Annelie
Rothstein, Erika
Schaufuß, Jürgen

CDU

Gregull, Georg
Hussing, Hannelore
Meyers, Heinrich
Witke, Oliver
Zylajew, Willi

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Hammad, Hisham
Dr. Bajohr, Stefan

Petitionsausschuß

Vorsitzende: Wischermann, Bärbel, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Steinkühler, Horst, SPD

SPD

Baranowski, Frank
Danner, Dorothee
Gorcitza, Gabriele
Kann, Charlotte
Kern, Hans
Kieninger, Gerda
Kramps, Wilfried
Lagemann, Inge
Lenz, Friedhelm
Ley, Gisela
Steinkühler, Horst
Wirth, Gerhard

CDU

Droste, Wilhelm
Hussing, Karin
Meulenbergh, Karl
Riscop, Franz
Schemmer, Bernhard
Schulte, Hubert
Siepenkothen, Anne Hanne
Thiede, Dietrich
Wilp, Josef
Wischermann, Bärbel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Hammad, Hisham
Martsch, Siegfried
Petring, Jens

Rechtsausschuß

Vorsitzender: Sieg, Gunther, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Appel, Roland, GRÜNE

SPD

Jung, Karin
Krumbein-Neumann, Robert
Meise-Laukamp, Ina
Sichau, Frank
Sieg, Gunther
Strehl, Klaus

CDU

Brakensiek, Tanja
Dorste, Wilhelm
Dr. Hahn, Rolf
Lux, Rainer
Opladen, Maria Theresia

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Appel, Roland
Bainski, Christiane

Ausschuß für Schule und Weiterbildung

Vorsitzender: Meyers, Heinrich, CDU
Stellvertretender Vorsitzender: Frey, Hans, SPD

SPD

Prof. Dr. Dammeyer, Manfred
Degen, Manfred
Frey, Hans
Gödecke, Carina
Kever-Henseler, Annelie
Klösges, Sigrid
Meinecke, Hans-Peter
Pazdziora-Merk, Jarka
Schepsmeier, Friedrich
Speth, Brigitte

CDU

Dr. Eckholt, Heinz-Jörg
Giltjes, Norbert
Dr. Horn, Hans
Ley, Marie-Theres
Meyers, Heinrich
Recker, Bernhard
Reinhard, Gudrun
Reul, Herbert
Wischermann, Bärbel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bainski, Christiane
Schumann, Brigitte

Sportausschuß

Vorsitzender: Herder, Uwe, SPD
Stellvertretender Vorsitzender: Stallmann, Klaus-Dieter, CDU

SPD

Berger, Heidi
Borchering, Heinrich
Champignon, Bodo
Herder, Uwe
Jansen, Hermann
Kann, Charlotte
Dr. Kraft, Hans
Krings, Johann

CDU

Kuckart, Leonhard
Recker, Bernhard
van Schewick, Heinz-Helmich
Dr. Schrap, Annemarie
Seel, Rolf Wilhelm
Siepenkothen, Anne Hanne
Stallmann, Klaus-Dieter

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mai, Gerd
Schumann, Brigitte

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

Vorsitzender: Retz, Adolf, SPD
Stellvertretende Vorsitzende: Decking-Schwill, Brunhild, CDU

SPD

Dedanwala, Vera
Hunger, Heinz
Kramps, Wilfried
Meyer-Schiffer, Gisela
Reinecke, Donata
Retz, Adolf
Röken, Wolfgang
Weber, Günter
Werthmann, Ellen
Wolf, Gerd-Peter

CDU

Balke, Franz-Josef
Decking-Schwill, Brunhild
Löseke, Alfons
Monheim, Ursula
Riscop, Franz
Schemmer, Bernhard
Schulte, Bernd
Zellnig, Siegfried
Zylajew, Willi

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tarner, Hedwig
Eichenseher, Peter

Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

Vorsitzender: Strehl, Klaus, SPD

Stellvertretender Vorsitzender: Lindlar, Hans Peter, CDU

SPD

Bischoff, Werner
 Brunemeier, Bernd
 Danner, Dorothee
 Flessenkemper, Bernd
 Gorcitz, Gabriele
 Dr. Kasperek, Bernhard
 Kieninger, Gerda
 Krings, Hans
 Sieg, Gunther
 Strehl, Klaus

CDU

Brakensiek, Tanja
 Brunert-Jetter, Monika
 Kruse, Heinrich
 Lindlar, Hans Peter
 Dr. Lorenz, Andreas
 Pangels, Franz-Josef
 Dr. Schraps, Annemarie
 Stump, Werner
 Wächer, Gerhard

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mai, Gerd
 Remmel, Johannes

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorsitzende: Brüning, Hannelore, CDU

Stellvertretender Vorsitzender: Mernizka, Loke, SPD

SPD

Berger, Heidi
 Bergerhoff, Wilfried
 Bruckschen, Manfred
 Gießelmann, Helga
 Hombach, Bodo
 Dr. Kasperek, Bernhard
 Mernizka, Loke
 Rusche, Karl-Heinz
 Schmid, Irmgard
 Vorpeil, Hans

CDU

Brüning, Hannelore
 Keller, Ilka
 Kollorz, Fritz
 Mahlberg, Thomas
 Meyer, Laurenz
 Prof. Dr. Posdorf, Horst
 Schulte, Hubert
 Tenhumberg, Bernhard
 Weisbrich, Christian Michael

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Busch, Manfred
 Landsberg, Alexandra

Verkehrsausschuß

Vorsitzender: Hemmer, Manfred, SPD

Stellvertretender Vorsitzender: Wächter, Gerhard, CDU

SPD

Bieber, Walter
 Hemmer, Manfred
 Herder, Uwe
 Hunger, Heinz
 Jansen, Hermann
 Kann, Charlotte
 Moritz, Hans-Dieter
 Weber, Günter
 Wirth, Gerhard
 Wirtz, Heinz
 Wolf, Gerd-Peter

CDU

Brüning, Hannelore
 Fasse, Maria-Luise
 Harbich, Helmut
 Hardt, Heinz
 Langen, Günter
 Pangels, Franz-Josef
 van Schewick, Heinz-Helmich
 Wächter, Gerhard
 Wittke, Oliver

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nacken, Gisela
 Tarner, Hedwig
 Eichenseher, Peter

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Vorsitzende: Fitzek, Ingrid, GRÜNE

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Kraft, Hans, SPD

SPD

Böcker, Manfred
 Kessel, Dietrich
 Dr. Kraft, Hans
 Krauskopf, Annegret
 Pflug, Johannes
 Reinecke, Donata
 Retz, Adolf
 Thulke, Jürgen
 Werthmann, Ellen

CDU

Breuer, Michael Thomas
 Dr. Düttmann-Braun, Renate
 Henke, Rudolf
 Dr. Klingbeil, Irmgard
 Kuhmichel, Manfred
 Ley, Marie-Theres
 Dr. Lorenz, Andreas
 Schulte, Hubert

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fitzek, Ingrid
 Dr. Grüber, Katrin

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform

Vorsitzender: Frechen, Stefan, SPD

Stellvertretender Vorsitzender: Weisbrich, Christian Michael, CDU

SPD

Bolte, Ursula
 Drewke, Renate
 Frechen, Stefan
 Horstmann, Axel
 Jentsch, Jürgen
 Pflug, Johannes
 Sikora, Gabi

CDU

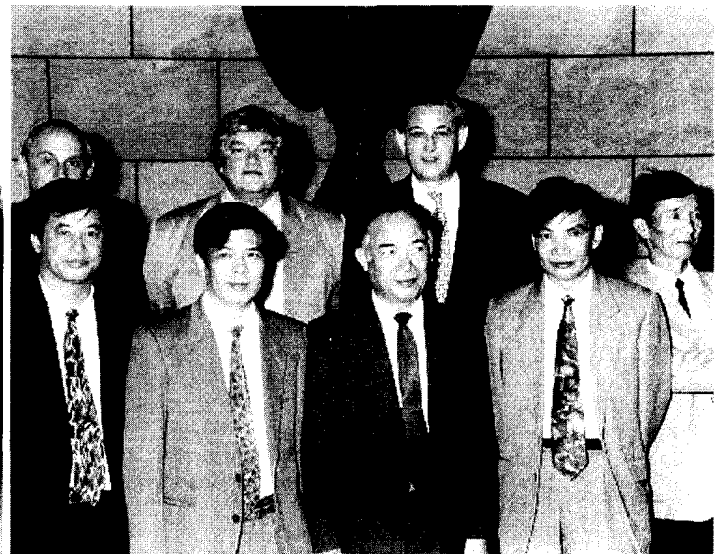
Britz, Franz-Josef
 Breuer, Michael Thomas
 Kruse, Theo
 Paus, Heinz
 Schulte, Bernd
 Weisbrich, Christian Michael

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hermann, Brigitte
 Petring, Jens

Land muß nicht zahlen

Das Land Nordrhein-Westfalen muß den Kommunen zusätzliche Aufwendungen zur Betreuung von Asylbewerbern nicht ersetzen. Das Verwaltungsgericht Münster hat eine entsprechende Klage des Kreises Steinfurt auf Zahlung von 495 580 Mark abgelehnt. Die Kommune wollte die Mehrkosten für Sozialleistungen an Asylbewerber ersetzt bekommen, die aus der Umstellung von Bargeldbeträgen in Gutscheine entstanden waren (Aktenzeichen 5 K 2541/92).



Auf Einladung der Sportjugend im Landessportbund Nordrhein-Westfalen hat sich eine Delegation des Schulsportverbandes von Südafrika in Nordrhein-Westfalen aufgehalten. Im Landtag wurden die Gäste von Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (im linken Bild rechts) in Vertretung des Landtagspräsidenten begrüßt. — Vietnams Veränderung vom Entwicklungsland zum wirtschaftlich wichtigen Partner ist rasant. Das Industrieland NRW hat darauf reagiert (Bild rechts). In der vergangenen Woche traf eine vietnamesische Wirtschaftsdelegation unter Leitung des ersten Vize-Ministers des Schwerindustrie-Ministeriums, Le Dinh Quy, mit Wirtschaftsstaatssekretär Hartmut Krebs (3.v.r.) und dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Bodo Hombach (links daneben), im Landesparlament zusammen.

Fotos: Schälte

CDU-Duell mit Clement

„Einstieg in Ausstieg?“

In einer Dringlichkeitsanfrage in der Fragestunde am 7. Juli „Garzweiler II: Einstieg oder Ausstieg?“ wollten der CDU-Abgeordnete **Laurenz Meyer** und weitere CDU-Kollegen in 17 Zusatzfragen Genaueres über die Koalitionsvereinbarung der SPD mit den Grünen erfahren. Staatskanzleiminister **Wolfgang Clement** (SPD) antwortete: „Die Rechtsfolge des Genehmigungserlasses gilt.“

Laurenz Meyer (CDU) fragte, ob der Betreiber den gesamten Plan genehmigt bekommen werde und wieso in der Koalitionsvereinbarung stehe, nur bis zur Autobahn 61 sei gewollt. **Werner Stump** (CDU) begehrte zu wissen, ob es Nebenabsprachen über eine Zeitschiene gegeben habe, da der Rahmenbetriebsplan eine gewisse Zeit laufe und beklagt werden könne, und ob den Grünen zu Beginn der Verhandlungen ein Moratorium von fünf Jahren angeboten worden sei. **Fritz Kollorz** (CDU) zitierte den Grünen-Abgeordneten **Vesper**: „Wir haben uns einfach Zeit verschafft ... Deswegen sind beide Optionen wirklich offen.“ **Heinz Paus** (CDU) fragte, ob den zitierten Äußerungen, auch des SPD-Politikers **Zöpel**, eine reale Basis zugrunde liege. **Heinrich Kruse** (CDU) vermißte Eindeutigkeit. **Dr. Helmut Linssen** (CDU) vermutete, durch zeitliche Verzögerung sei der Anschluß an den alten Tagebau nicht mehr gewährleistet. **Lothar Hegemann** (CDU) begehrte Auskunft über den Anhang zu den Koalitionsvereinbarungen. **Christian Weisbrich** (CDU) erinnerte an Matthiesens Überzeugung, nach zehnjähriger Beratung müsse jetzt entschieden werden. **Fritz Kollorz** (CDU) hielt Investitionen in einen Kraftwerkspark nur bis zum Jahr 2017 für nicht zumutbar. **Heinz Paus** (CDU) bezog sich auf Äußerungen des Abgeordneten **Mai** über Nebenabreden. **Lothar Hegemann** (CDU) sprach einen „Anhang zu den Koalitionsvereinbarungen“ an. **Albert Leifert** (CDU) zitierte **Bärbel Höhn** (GRÜNE): „Garzweiler II wird totgeprüft“, was diese später dementierte.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) antwortete: „Es gilt die Rechtsfolge des Genehmigungserlasses der Landesplanungsbehörde vom 31. März 1995“ und schilderte den Ablauf: Antrag auf Zulassung des Rahmenbetriebsplans in der Erwartung, daß das Unternehmen den Abbau zunächst auf die Region bis zur Autobahn 61 beschränke. Das betreffe den Zeitraum bis zum Jahr 2017. Um 2005 werde überprüft, genau im Rahmen der Genehmigung. Rückholbarkeit unter Aspekten des Strombedarfs, des Energiebedarfs und der Umweltbelastung sei schon jetzt vorgesehen. Umsiedlungen sollten nicht vor Rechtskraft des Rahmenbetriebsplans erfolgen. Das sei die einzige mögliche Verzögerung. Er räumte Interpretationsspielraum ein, jedoch keinen allzu großen Spielraum beim Anschluß-Abbau. Die Sicherheit des Unternehmens habe sich nicht erhöht. Die Grünen erwarteten mehr von einem neuen Pfad im Energiemix als die SPD. Auf keinen Fall werde eine Politik der Nadelstiche oder des Totprüfens eingegangen. **Zöpel** vertrete eine Einzelmeinung. Der Anhang zu den Koalitionsvereinbarungen betreffe Haushaltsberatungen und Fragen des Konsolidierungskurses.



Der Phönix hat einen neuen Standort in der Eingangshalle des Landtags bekommen. „Phönix aus der Asche“, die Plastik des 1965 gestorbenen deutschen Bildhauers **Ewald Mataré**, versinnbildlicht den Neubeginn der Demokratie. Um das schwere Kunstwerk transportieren zu können, wurde extra eine Rollbahn ausgelegt. Sein Sockel trägt die Inschrift: „Ums Wort und Widerwort und wieder Wort/Das Schweigen und das Auferstehen“. Mataré ist vor allem durch die von ihm geschaffenen Bronzetüren am Kölner Dom sowie die Portale der Weltfriedenskirche in Hiroshima international bekannt geworden. Foto: Schälte

Koalition sieht in Haltung zu Garzweiler Chance zu zukunftsfähiger Energiepolitik

Zu einer scharfen Kontroverse zwischen CDU und Regierungskoalition aus SPD und Grünen ist es am 7. Juli im Landtag gekommen. Die von der Union beantragte Aktuelle Stunde stand unter dem Thema „Zukunftsblokkaden in der Energie – und Verkehrspolitik vermeiden“. Während der CDU-Fraktionsvorsitzende die „Balkanisierung der Politik“ im Lande geißelte, unterstrichen Sprecher der Koalition, daß Energiesparen, die Förderung erneuerbarer Energien und neue Techniken zum rationellen Energieeinsatz wohlverstandene Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Interesse der Zukunft des Landes seien.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, meinte, in der Politik gebe es Bereiche, in denen ein Kompromiß nicht möglich sei, sondern nur ein klares Ja oder Nein. In Sachen Garzweiler laufe es nicht so weiter, wie man beschlossen habe. Der Investor bestehe völlig zu Recht auf der Genehmigung für den ganzen Tagebau. „Wir wollen diese 20 Milliarden als Investitionen in einen verbesserten Umweltschutz“, umriß Linssen die Position der CDU. Garzweiler stehe für die Berechenbarkeit von Investitionen im Lande; wenn dagegen Druck auf den Investor Rheinbraun ausgeübt werde, dann sei dies ein schwerer Schaden für NRW. Auf den Koalitionsvertrag eingehend meinte der Vorsitzende: „Hier werden keine Lösungen, sondern faule Kompromisse geboten.“ Die Koalition betreibe den „Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohle“.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) konterte: „Messen Sie die Koalition an ihrer Arbeit, nicht an Ihren Vorurteilen. Lesen Sie die Koalitionsvereinbarung in allen Teilen.“ Dann würde klar, daß diese Regierung wirkliche Wirtschafts- und Energiepolitik für das Land betreibe. Die technologi-

sche Zukunft liege auf den Gebieten der erneuerbaren Energien, des Energiesparens und der rationellen Energieverwendung. So lange der Einsatz fossiler Energieträger unverzichtbar sei, so lange habe die Kohle bei uns einen sicheren Platz. Wenn es eine „Balkanisierung“ gebe, dann bei der Koalition in Bonn, „wo alle zwei Monate die finanziellen Grundlagen der Förderung für die Steinkohle in Frage gestellt werden“. Linssen selbst gehöre zu den Politikern, die im Gegensatz zum Artikelgesetz die Hilfen für die Kohleverstromung schon ab 1999 senken wollten.

Adolf Retz (SPD) rief dazu auf, zu einer sachlichen Politik zurückzukehren, nur daraus könne Zukunftspolitik für das Land entstehen. Er hoffe, daß es in NRW keine Energie- und Verkehrsblockade gebe, sondern daß „die Blockade in unseren Köpfen nach der Sommerpause zu Ende geht“.

Gisela Nacken (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sah keine Chance, daß es der CDU gelingen könnte, die Regierungskoalition mit dem Thema Garzweiler zu spalten. Die Koalition ersetze die bisherige Kohlevorangpolitik durch eine gemeinsame Klimaschutzpolitik. Es werde den Einstieg in eine zukunftsfähige Energiepolitik geben, die schaffe neue und vor allem sichere Arbeitsplätze. Es sei Überzeugung ihrer Fraktion, daß man aus Klimaschutzgründen ohne Garzweiler II auskommen müsse. „Die SPD ist in ihrer Mehrheit anderer Meinung. Der Kompromiß, den wir vereinbart haben, ist eine Verfahrensregelung.“ Das RWE könne sich, da Eigentum verpflichte, nicht einer von der Koalition gewollten Klimaschutzpolitik verweigern. „Wir alle haben am Beispiel von Shell und Brent Spar gesehen, was eine solche Verweigerungshaltung das Unternehmen letztendlich kosten kann.“

Tausende kamen vom Düsseldorfer Rheinufer in den Landtag

Hochbetrieb im Parlamentsgebäude auf allen Ebenen

Bei überwiegend freundlichem Wetter wanderten die Menschen vom Altstadtufer am Rhein entlang zum Haus des Ministerpräsidenten, zum Haus des Landtags und zum Gebäude des Westdeutschen Rundfunks am Hafen. Während sich in der ebenfalls besucheroffenen Staatskanzlei und beim WDR schon vormittags bald Warteschlangen bildeten, weil der Eintritt nur gruppenweise gestattet war, hatten die Besucher im Landtagsgebäude freie Bahn. Erst nachmittags mußten sie auch hier ein wenig warten, ehe sie über die Treppe zur Plenarsaal-Tribüne gelangen konnten.

Der Tag der offenen Tür war vom Direktor und vom Pressechef des Landtags, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Besucherdienstes und der Hausverwaltung sorgfältig vorbereitet worden. In der Eingangshalle wurden die Besucher von Hostessen empfangen und zum Rundgang eingeladen. Der führte die Freitreppe hinauf zur dritten Ebene und dann durch das Treppenhaus zur Tribüne über dem Plenarsaal. Hier erläuterten Irmgard Birn, Thomas Schneider, Dr. Hans Zinnkann und studentische Hilfskräfte geduldig das stilisierte Landeswappen über der Präsidentenloge, die Sitzordnung der Fraktionen und Funktionen der Technik im Neubau. Überwiegend freundliches Interesse zeichnete die meisten Fragen aus, aber auch Kritisches war zu hören. Ein Schlaumeier meinte: „Da sitzen hier ein paar Männekes im Plenarsaal, und die Politik wird wo ganz anders gemacht.“ Zu den laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und den Grünen nach der Landtagswahl am 12. Mai wußte ein anderer: „Die Koalition kommt nicht zustande, sie sollen nur Garzweiler beschließen, alles andere interessiert nicht!“

„Düsseldorf kehrt an den Rhein zurück“ hieß das Motto der Landeshauptstadt zur Einweihung der Rheinufer-Promenade am Wochenende 10./11. Juni 1995. Etwa fünfzehntausend Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit zum Besuch des NRW-Landtags, wo für den Samstag von 10 bis 18 Uhr das „Haus der offenen Tür“ von der Landtagsverwaltung vorbereitet worden war. Im Eingangsfoyer verteilte Landtagspräsident Ulrich Schmidt Autogramme. Auf den Tribünen beantworteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Besucherdienstes Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Ein Sonderheft „Landtag intern extra“ zum Tag der offenen Tür fand neben anderen Schriften reißenden Absatz. Und im Restaurant herrschte Hochbetrieb, zum ersten Mal auch auf der Terrasse zum Rhein, bis dort ein Regenschauer vorübergehend die Stühle leerte.

Meistens ging es aber nicht ans Eingemachte der Politik, sondern um das Drumherum. Dr. Hans Zinnkann empfahl zum Beispiel Besuchern, die mal eine Plenarsitzung

erleben wollten, Aussprachen über eine Regierungserklärung oder Haushaltsdebatten. Thomas Schneider lobte die runden Formen des Neubaus als gewollte Architektur



Massenandrang bescherte der Tag der offenen Tür im Landtag den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung anlässlich der Eröffnung der Düsseldorfer Rheinpromenade. Auf der Besuchertribüne des Plenarsaals ließen sich viele Bürgerinnen und Bürger Wissenswertes zum Parlamentsgeschehen vom Besucherdienst erklären (unteres Bild: Irmgard Birn) oder an der Info-Theke mit Informationsmaterial versorgen, das Dagmar Bergerfurth-Frings (oben) bereithielt.

Fotos: Schätle



im Haus der Demokratie: Sie ermögliche den Abgeordneten den Blickkontakt untereinander im runden Sitzungssaal, und gewollt sei auch viel Transparenz. Irmgard Birn schilderte die Altersversorgung der Abgeordneten als demokratisches Element, das deren Unabhängigkeit sichere. Als nach ihrem Vergleich der Abgeordneten-Entschädigung mit dem Gehalt des Direktors einer Gesamtschule ein Besucher einwandte, dieser habe aber mehr zu tun, wies sie auf den 12- bis 16-Stunden-Tag der Parlamentarier und deren breiteres Tätigkeitsfeld hin.

„Hier wird argumentiert und um Kompromiß und Konsens gerungen“, erläuterte Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Grußwort von „Landtag intern extra“ die Arbeit des Landtags. Am Tag der offenen Tür könnten Besucherinnen und Besucher davon nicht viel sehen. Aber vielleicht teile sich etwas vom Geist und Grundverständnis des Parlaments mit.

Am Ende seines Beitrags zur Baugeschichte wünschte sich der Direktor beim Landtag Heinrich Große-Sender, „wenn im Bewußtsein der Bürger dieses Landes deutlich würde, daß hier kein Haus „dem Volke“ erbaut wurde, wie es auf der Inschrift am Berliner Reichstagsgebäude zu lesen ist, sondern ein Haus, in dem sich die Bürger dieses Landes selbst präsentieren.“ Wer sich nicht auf Vorträge oder Diskussionen einlassen wollte, ging die andere Treppe wieder herunter und traf unten den Präsidenten des Landtags Ulrich Schmidt an, der auf Erinnerungskarten oder Farbporträt-Postkarten Autogramme verteilte. Den meisten Autogrammägern war wohl die Hausherrn-Rolle des prominenten Politikers nicht so recht klar. Aber ein Ehepaar, das offensichtlich schon einmal auf der Besuchertribüne gesessen hatte, erkannte: „Das ist doch der von der Aktuellen Stunde!“



Freundliches Interesse brachten Besucherinnen und Besucher den Erläuterungen der Mitarbeiter entgegen.
Fotos: Schälte

Außer dem Autogramm des Landtagspräsidenten gab es eine farbige Sonderausgabe von „Landtag intern“, Broschüren des Petitionsausschusses, ein Bilderheft mit den neugewählten Abgeordneten als Auszug aus dem Volkshandbuch, Aufkleber, Sticker mit dem Landtagssymbol und Sonderstempel. „Was das alles kostet!“ bemerkte einer, um sich dann aber doch mit allem, was kostenlos war, einzudecken.

Im Filmraum ließ Jochen Schmidt drei Kurzfilmauszüge laufen, „18 Minuten“ dauerte das nur, war vorsorglich angekündigt. Es ging um die „runde Sache“ des neuen Gebäudes, den Petitionsausschuß und die Arbeit der Abgeordneten in den Ausschüssen.

Ob Rau auch käme, wurde schon mal gefragt. Aber um zu erklären, daß dies das Haus der Volksvertretung und eben nicht das der Regierung sei, dazu eignete sich das Ausflugsklima eines Schnupperbesuchs kaum.

Für die körperliche Stärkung war der Restaurantbetrieb geöffnet, erstmals auch die Terrasse zum Rheinufer mit zusätzlichem Gastronomie-Personal. Die Preise für Imbiß, Kaffee und Kuchen hielten Vergleich mit der Kö durchaus stand, wurden aber anstandslos bezahlt: „Vielleicht hat auf meinem Stuhl ja schon ein Minister gesessen?“ Für Restaurantchef Ludwig und sein Personal hatte sich bei dem im Vergleich zu einem normalen Arbeitstag dreifachen Umsatz der Einsatz jedenfalls gelohnt.

Für Unterhaltung sorgten im Eingangsfoyer das Werksorchester der Ruhrkohle AG und die Square dance Company Düsseldorf. Nachmittags besuchte auch die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Marlies Smeets das Parlament und freute sich über das wirklich gelungene Fest.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) signierte Porträt-Fotos und Erinnerungskarten; manche Besucher erkannten: „Das ist doch der von der Aktuellen Stunde!“

„Südlich der Düsseldorfer Altstadt an der Rheinkniebrücke ist das neue Landtagsgebäude errichtet worden. Der Rhein breitet sich an dieser Stelle in einer Schleife mächtig aus und beherrscht das ganze Bild der niederrheinischen Landschaft.

Die Aufgabe, die es zu lösen galt, ist komplex, das Beziehungsgefüge sehr dicht. Ein Spiel mit Kreisen führte zum Entwurf mit einer zentrierten Position, die von senkrecht stehenden Zylindern oder Teilen davon beherrscht ist. Der Plenarsaal als Kern ist wie ein Fixstern von den Fraktionssälen und den Spiralformen der Abgeordnetenbereiche umrundet. Der Zusammenhang zwischen Sache und Sinn wird verständlich, die Vielzahl der Bereiche begreifbar, ohne daß das Gemeinsame, die Idee des Ganzen, aufgelöst wird.“

(Architekt Prof. Eller)

Nach der Wahl: Vorläufiger Petitionsausschuß nahm Arbeit auf

Führerscheinentzug – Islam-Unterricht – Rundfunkempfang in NRW

Als neue Mitglieder begrüßte Abgeordnete Wischermann am 8. Juni die Kollegen Wilhelm Droste (CDU) aus Ratingen, Dr. Hisham Hammad (Grüne) aus Dortmund und Dietrich Thiede (CDU) aus Herford. Sie lobte das faire Miteinander aller Abgeordneten in diesem Ausschuß ohne parteipolitische Gegnerschaft bei der Behandlung von Eingaben. Zur besseren Darstellung seiner Arbeit, die während des ganzen Jahres durch Ortstermine überall im Lande stattfindet, will der Petitionsausschuß seine Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Frau Wischermann schlug vor, auch einmal den Präsidenten und die Fraktionsvorsitzenden einzuladen.

Unter den 117 Eingaben, die in der Sitzung am 8. Juni auf der Tagesordnung standen, befanden sich zum Beispiel Hilfeersuchen beim „Umbau von Flachdächern in geneigte Dächer“, Entzug des Sorgerechts wegen dringenden Verdachts einer Psychose bei der Mutter, Kosten bei Schönheitsreparaturen für Dienstwohnungen, mehrere Lärmschutz-Anliegen, eine Beschwerde über einen Jugendpfleger, zahlreiche Ausländer-Aufenthaltserteilungs-Angelegenheiten und auch Fälle von Führerscheinentzug.

Führerschein-Probleme

In einem solchen Fall entschied der Ausschuß, wie von Wilfried Kramps (SPD) empfohlen, dem Petenten könne eine neue Fahrerlaubnis nur erteilt werden, wenn er ein positives Gutachten einer medizinisch-psychologischen Untersuchung beibringe. Dem Petenten war Mitte 1994 der Führerschein entzogen worden, nachdem bei ihm eine Blutalkoholkonzentration von 1,72 Promille festgestellt worden war. Der Untersuchung sollte er sich unterziehen, weil es Verdacht auf Alkoholismus mit Rückfallgefahr gab. Zwar wurde der ebenfalls verhängte Strafbefehl gegen den Inhaber eines kleinen Blumengeschäfts vorzeitig aufgehoben. Er war ein Jahr zuvor überfallen und dabei schwer verletzt worden. „Die eigentliche Strafe war der totale Ruin meines Geschäfts“, teilte er dem Oberkreisdirektor mit. Doch die Prüfung seiner Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs sei unerlässlich, teilte dessen Ordnungsdirektor ihm mit. Die Prüfung habe sich auf alle körperlichen, geistigen und charakterlichen Eignungsvoraussetzungen zu erstrecken und werde etwa 700 Mark kosten. Zur Übernahme dieser Kosten war der inzwischen völlig mittellose Mann nicht mehr in der Lage, ein Teufelskreis. Da nützten alle seine reumütigen Briefe nichts, zumal er bereits zum zweiten Mal wegen einer Trunkenheitsfahrt aufgefallen war. Auch der Petitionsausschuß sah keine Möglichkeit, auf die Eignungsuntersuchung zu verzichten.

Ebenfalls um die Fahrerlaubnis ging es in einem weiteren Fall, den Karin Hussing (CDU) zu bearbeiten hatte. Ein Autofahrer schilderte dem Straßenverkehrsamt und später auch dem Petitionsausschuß: „Ich

Vor der offiziellen Konstituierung der Landtagsausschüsse nahm der vorläufige Petitionsausschuß in Sitzungen am 8. Juni und am 4. Juli bereits seine Arbeit auf. Als Vorsitzende amtierte die CDU-Abgeordnete Bärbel Wischermann (CDU) aus Bottrop. Sie gehörte dem Petitionsausschuß bereits in der vorigen Wahlperiode an. Zu ihrem Stellvertreter war Horst Steinkühler (SPD) bestimmt worden.



Abgeordnete des Vorläufigen Petitionsausschusses in seiner zweiten Sitzung der 12. Wahlperiode am 4. Juli, v. l. Anne-Hanne Siepenkothen (CDU), Vorsitzende Bärbel Wischermann (CDU), Hans Kern (SPD), stellvertretender Vorsitzender Horst Steinkühler (SPD), Charlotte Kann (SPD).
Foto: Schälte

befand mich in einer Parklücke, wo von der linken Seite einige Plätze leer waren. Der Einfachheit halber fuhr ich mit meinem Wagen im Vorwärtsgang nach links aus der Parkreihe. Inzwischen parkte neben mir ein anderer Wagen, so daß ich nun doch rückwärts zum Einlenken fuhr, um aus der Lücke herauszukommen. Es bestand jetzt zwischen den beiden Autos ein Abstand von zirka einem halben Meter. Als ich ungehindert fast aus der Parklücke heraus war, kam jemand auf mich zugesteuert und klopfte an mein Fenster. Er verlangte sofort meine Wagenschlüssel und die Autopapiere. Er behauptete, ich habe einen Wagen angefahren. Weil der Mann in Zivilkleidung war, bat ich ihn ebenfalls, seinen Ausweis zu zeigen. Er beschlagnahmte dann meinen Autoschlüssel und -papiere ... und holte zwei weitere Polizisten heran. Vorbeikommende Passanten untersuchten den Wagen nach einer Spur, ebenso die herbeigerufenen Polizisten ... Zudem kam auch noch der Fahrer des Wagens und fand auch nichts und lachte nur über einen derartigen Witz.“

Weil es sich schon um das zweite „sonderbare Vorkommnis“ handelte, entstand bei dem Petenten der Eindruck, sein vorgerücktes Alter sei die Ursache. „Ich wohne seit 40 Jahren am Stadtrand, bin 91 Jahre alt, habe mir ein kleines Eigenheim erbaut und seit sieben Jahren ein kleines Stadttauto zugelegt: 3 PS, 40 km/h, zweisitzig.“ Doch sein „besonders vorsichtiges Fahren mit stets rechtzeitigem Ausweichen“ nützte ihm nichts. Nach amtsärztlicher Untersuchung mit 4seitigem Fragebogen und 50 Fragen wurde ihm die Fahrerlaubnis aberkannt, denn er habe nach dem zweiten Vorfall einen „verwirrten“ Eindruck gemacht und sei auch durch unsichere und stockende Fahrweise aufgefallen. Amtlich hieß es dazu: „Die Gefährlichkeit, Dichte und Schnelligkeit des heutigen Straßenverkehrs stellen bei jedem Ver-

kehrsteilnehmer hohe Ansprüche an die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit. Im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit hat das Straßenverkehrsamt daher allen Hinweisen nachzugehen, die in dieser Hinsicht Bedenken bei einem Führerscheininhaber entstehen lassen.“

Keine Steuern für Islam

„An alle Fraktionen. Betrifft Islam“ schrieb eine Petentin und führte aus: „Als Protestant möchte ich vorausschicken, daß ich, egal welchen Glaubens, jeden Menschen akzeptiere. Von den Steuern, die man mir monatlich von meinem Lohn einfach einbehält (schon kriminell), wird in den Schulen meines Heimatlandes der Islam gezüchtet. Unvorstellbar die daraus resultierenden Folgen. An dieser Stelle fehlt es Ihnen an Weitsicht total. Ich zahle Kirchensteuer zur Erhaltung des Christentums. Ich zahle aber keine Lohnsteuer zur Förderung anderer Religionen.“

Da blieb der Vorsitzenden Bärbel Wischermann als Berichterstatterin nichts anderes übrig, als die Petentin zu belehren: „Religiöse Unterweisung im Rahmen der muttersprachlichen Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens ist Teil der integrationsfördernden Maßnahmen für türkische Kinder. Er leistet einen erheblichen Beitrag zu einem besseren Zusammenleben zwischen Muslimen und Christen, insbesondere zwischen Türken und Deutschen. Die islamische Unterweisung erfolgt nicht einseitig auf Kosten deutscher Steuerzahler. Vielmehr werden die Kosten ebenso wie diejenigen für allen anderen Unterricht aus Steuermitteln getragen, die deutsche und ausländische Mitbürger gleichermaßen aufbringen.“

DeutschlandRadio: schlechter Empfang in NRW „Werbefreies hochqualifiziertes Programm“

Von Ministerpräsident Johannes Rau persönlich erhielt ein Petent Antwort, nachdem er sich über den schlechten Empfang von DeutschlandRadio Köln/Berlin (DLR) in Nordrhein-Westfalen wie folgt beschwert hatte:

„Seit 1994 ... besteht theoretisch jetzt die Empfangsmöglichkeit des Programms DeutschlandRadio Berlin neben dem bekannten Deutschlandfunk. Für uns Niederrheiner ist letzterer Empfang über den Sender Wesel sehr gut, ... macht jedoch einen Empfang des 2. Programms (Berlin) quasi unmöglich. Inzwischen sind beide Programme aufeinander abgestimmt ... Diese Anstalt bietet noch werbefrei hochqualifiziertes Programm. Über unsere Gebühren zahlen wir ja auch für die beiden Programme. So entsteht eindeutig eine (auch rechtliche) Schieflage zwischen Gebühr und Leistung. Ich würde gerne bei dieser Gebühr bleiben (oder noch mehr zahlen), hätte dafür aber auch gerne die Leistung. Ich bitte Sie daher, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Berliner Programm ebenfalls terrestrisch empfangbar wird. Es ist schwer einsehbar, daß es unzählige Doppelbelegungen (z. B. WDR) gibt neben einer Reihe privater Dumpf-Quäker, aber auf Qualität verzichtet werden soll.“
Ministerpräsident Johannes Rau freute sich über das Interesse des Briefschreibers an den beiden Hörfunkprogrammen des DeutschlandRadio und räumte ein, wegen Frequenzengpässen sei die Verbreitung bis heute nicht in allen Teilen des Landes möglich. Im Hochsauerlandkreis und im Gebiet Köln/Aachen sei der Empfang wesentlich

verbessert worden. Außerdem sei durch einen Frequenzwechsel mit dem WDR die Reichweite des DLR im Ruhrgebiet vergrößert und der Südosten von NRW erstmals versorgt worden. Rau versprach, „alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Reichweite des DeutschlandRadio weiter zu verbessern.“
Vom Petitionsausschuß darum gebeten, nahm Staatskanzleichef Wolfgang Clement ebenfalls Stellung. Er bestätigte, eine Vollversorgung sei in NRW derzeit wegen der Frequenzknappheit nicht erreichbar. Das Berliner Programm des DLR sei mit neuen Frequenzen an den Sendern Bärbelkreuz/Eifel und Olsberg/ Hochsauerland erstmals in NRW terrestrisch empfangbar. Clement verwies auf das Bundesamt für Post und Telekommunikation, das um neue Frequenzen für den Großraum Bielefeld gebeten worden sei, und auf leistungsstarke Hörfrequenzen der Gaststreitkräfte (BFBS), die langfristig weiter betrieben werden dürften, solange sie deutsche Rundfunkdienste technisch nicht störten. Seiner Schlußbemerkung, das Land habe keine Möglichkeit, einen Frequenzwechsel einzuleiten, schlossen sich als Berichterstatterin Anne-Hanne Siepenkothen (CDU) und der Petitionsausschuß an und übersandten dem Beschwerdeführer die Ausführungen des Chefs der Staatskanzlei im Wortlaut in der Hoffnung, ihn nicht zu enttäuschen.

Petitionsausschuß geht auf die Bürger zu

Nach der Sitzung des Petitionsausschusses am 8. Juni vereinbarten die beiden Vorsitzenden Bärbel Wischermann (CDU) und Horst Steinkühler (SPD), Anne-Hanne Siepenkothen als Sprecherin der CDU und Siegfried Martsch für die Grünen in einer Besprechung mit dem Petitionsreferat der Landtagsverwaltung mehrere neue Schritte, um die Ansprechbarkeit für Bürgeranliegen zu verbessern und die Arbeit des Ausschusses einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Im Landtag sollen eine neu einzurichtende Bürgersprechstunde oder ein Bürgertelefon die Erreichbarkeit und Ansprechbarkeit für Anliegen verbessern. Ein- oder zweimal im Jahr soll der Petitionsausschuß am Sitz der Bezirksregierungen tagen und Eingaben aus diesen Regionen behandeln. Am öffentlichen Teil der Sitzungen können Medienvertreter teilnehmen. Zusätzlich informiert der Ausschuß in Pressekonferenzen über Verhandlungen von lokalem oder regionalem Interesse, verstärkt auch die lokalen Hörfunk- und Fernsehsender. Dabei sollen nicht „spektakuläre“ Fälle, sondern die Alltagsarbeit im Vordergrund stehen. Im Plenum des Landtags soll ein Mitglied des Ausschusses einen herausragenden Fall darstellen. Die routinemäßige vierteljährliche Bestätigung der Ausschlußbeschlüsse durch das Plenum könne dadurch interessanter werden. Der Petitionsausschuß wünscht sich auch die Nutzung des früheren F.D.P.-Fraktionssaals an Plenartagen für die Durchführung von Verfahren nach Artikel 41a der Landesverfassung (Akteneinsicht, Auskunft von Ministerialbeamten, Beweiserhebung, Anhörung von Betroffenen). Außerdem regten die Ausschußsprecher die Meinungsbildung in den Fraktionen über eine moderne gesetzliche Grundlage für die Behandlung von Eingaben an und empfahlen die Überarbeitung der Materialien für die Besucher.

Dritte Frauenmesse war gut besucht Den Frauen wird Coaching empfohlen

Professionelles Coaching sei unerlässlich, wenn Frauen vorankommen wollten. Das sagte eine Fachfrau für Weiterbildung zur Eröffnung der dritten Frauenmesse in Düsseldorf. Die „top '95“ wurde am 6. Juli von der Bundesministerin Claudia Nolte, der NRW-Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers und der Oberbürgermeisterin Marlies Smeets eröffnet. Schirmherrin der viertägigen Messe war Bundestagspräsidentin Professor Rita Süßmuth. Auch der Landtag Nordrhein-Westfalen war, wie schon 1993, dabei: Die wiedergewählten frauenpolitischen Sprecherinnen der drei Fraktionen zogen eine Bilanz der Landespolitik und teilten frauenpolitische Perspektiven für die gerade beginnende nächste Wahlperiode mit.

Das englische Wort Coaching ist Freunden des Sports als professionelle Hilfeleistung für Spitzensportler geläufig. Im Zusammenhang mit beruflicher Weiterbildung meint es mehr als Training und Management, nämlich Hilfen, sich fit zu machen für alle Aufgaben des Lebens: für das Haushalts- und/oder Berufsmanagement, für das Optimieren von Outfit, Auftreten und Reden, für besseres Organisieren der persönlichen Kraft und Zeit. Vor allem arbeitsuchenden und aufstiegsorientierten Frauen wird geraten, sich „coachen“ zu lassen.

Neues vom kongreßbegleitenden Seminar teil der Frauenmesse berichtete Gabriele Zimmermann als Projektleiterin des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW). Schon vor Messebeginn waren Seminare wie Rhetorik, Zeitplanung, Kommunikationstraining, Verhandlungsführung, Konfliktlösung, Mobbing und Moderationstechniken ausgebucht. Während jedoch bei den beiden früheren Frauenmessen 95 Prozent der Teilnehmerinnen sich auf eigene Kosten weiterbildeten (Tagesgebühr 265 Mark), kamen diesmal etwa die Hälfte der angemeldeten Teilnehmerinnen auf Firmenkosten. Noch seien es, so sagte Frau Zimmermann, Ausnahmen, daß Frauen offiziell bei ihrem Unternehmen die Teilnahme an einem Mobbing-Seminar als Weiterbildungsmaßnahme anmeldeten. Da seien Hemmungen noch groß. In den meisten Unternehmen sei ein harter Weg zurückzulegen, bis Frauen in Führungsfunktionen sich gleiche Rechte erkämpften wie ihre männlichen Kollegen. Wenig Positives sei auch aus Bundesländern mit gesetzlichem Bildungsurlaubsanspruch zu melden. Dort sei die Drohung mit der Kündigung bei Frauen an der Tagesordnung. Dank des langen Atems der Düsseldorfer Messengesellschaft wurde für die dritte Frauenmesse der Werbeeinsatz noch erhöht. Auch durch die geringe Teilnehmerzahl von

25 000 Frauen vor zwei Jahren ließ sich Geschäftsführer Horst Klosterkemper nicht abschrecken. Er rätselt, warum es in Deutschland, anders als in Schweden, so lange dauert, bis das schlafende Dornröschen erwacht. Frauen stellten mehr als die Hälfte der Bevölkerung und weltweit 65 Prozent der geleisteten Arbeit, hätten aber nur 10 Prozent des Einkommens und ein Prozent vom Eigentum. In Deutschland seien die Hälfte der Abiturienten und 40 Prozent der Hochschulabgänger Frauen. Aber nur knapp zehn Prozent der Frauen hätten ein Einkommen von 4 000 Mark im Monat oder mehr, dagegen 37 Prozent der Männer. Für die Interessen der Frauen in der Wirtschaft, seit drei Jahren in einem „Forum“ organisiert, warben acht Großunternehmen auf einem Gemeinschaftsstand. Die Entscheider in den Unternehmen, so wurde hierzu mitgeteilt, wüßten längst, daß Frauen im Berufsleben mit mehr Fingerspitzengefühl an Aufgaben und Menschen herangingen, daß sie eher eingefahrene Wege verließen, frischen Wind in manche Etagen brächten und sich besser anpassen könnten.

Auch den Politikern geht es bei diesem Thema nicht gut. Sie sehen sich mit Handlungsaufforderungen konfrontiert, die sich teilweise widersprechen: einerseits den Weg frei zu machen für die neue Vielfalt der Möglichkeiten, andererseits die unübersichtliche Landschaft zu gestalten, ordnend einzugreifen und Bürgerinnen und Bürger vor „Mediengewalt“ zu schützen. Die Medienexperten der drei Landtagsfraktionen, Mitglieder der Landesregierung und die höchsten Repräsentanten der NRW-Anstalten waren bei Foren und Podiumsdiskussionen dabei.

Beim Auftakt am Sonntag zum Thema „Die Telepolis erobern – eine kulturelle Herausforderung“, zu dem das Goethe-Institut München eingeladen hatte, brachte der Chef der NRW-Staatskanzlei Wolfgang Clement das Schlagwort „Medienkompetenz“ in Umlauf. Es meint die Fähigkeit, mit der Angebotsvielfalt sowohl an Sendern und Programmen als auch im Hardware- und Software-Bereich umgehen zu können. Wenn bald die gesamte technische Kommunikation am häuslichen Bildschirm zusammenläuft: Fernsehen, Telefon, Datenetzwerke, Personalcomputer, dann sollten Unkundige nicht außen vor bleiben. Clement kündigte an, in NRW solle ein „Medien-Kompetenz-Zentrum“ gegründet werden.

Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers stellte ebenfalls beim Auftakt am Sonntag Ergebnisse eines Forschungsprojekts „Was Frauen und Männer vor dem Bildschirm erleben: Rezeption von Sexismus und Gewalt im Fernsehen“ vor. Eine Feststellung: Frauen und Männer unterscheiden sich extrem in ihren Reaktionen auf Gewaltdarstellungen.

An der Podiumsdiskussion zur „Medienpolitik in NRW 1995 bis 2000“ nahmen die Medienexperten der drei im Landtag vertretenen Fraktionen teil. Bärbel Höhn erinnerte, noch in ihrer Rolle als medienpolitische Sprecherin der Grünen, an den kultur- und gesellschaftspolitischen Auftrag der öffentlichen Anstalten und deutete „Gegensteuern“ gegen mögliche Verwerfungen an. Der SPD-Medienexperte Jürgen Büsow („ohne ihn keine Medienpolitik in NRW“, stellte ihn der Moderator vor) sprach sich dafür aus, die „Medienkorridore“ für mittelständische Unternehmer und auch für Netzbetreiber wie etwa Kommunen zu öffnen. Das müsse jetzt geschehen. Neue Angebote wie Video on demand sollten wie Rundfunk behandelt werden. Als sich das Podium immer mehr auf das Thema Lokalfernsehen eingeschossen hatte, plädierte Büsow für das Zweisäulenmodell auch bei lokalem Fernsehen. Er drängte zum Handeln: „Wenn wir das nicht regulieren, zieht Brüssel die Kulturpolitik an sich.“

Für kurze Zeit wirkte das Podium wie ein ins Hotel verlagertes Landtagsplenum, als Ruth Hieronymi, die Medienexpertin der CDU, die parlamentarischen Initiativen ihrer Fraktion aufzählte, die alle von der SPD abgelehnt worden seien (ausführliche Berichte in „Landtag intern“, u. a. in den Ausgaben 5, 6 und 7/1995). Anders als Büsow lehnte sie den erweiterten Rundfunkbegriff ab: Tele-shopping sei kein Rundfunk mehr. Sie stimmte aber einem Zweisäulen-Modell für lokales Fernsehen zu und sah ebenfalls die Gefahr einer Kompetenzverlagerung in die EU. Die Novellierung des Rundfunkstaatsvertrags sah sie in einer rotgrünen Koalition als eher noch schwieriger an.

Die Landtagsabgeordneten saßen auf dem

Vielfalt beim Medienforum NRW in Köln

Multimedia – Macher für politisches Handeln

Es war eine tolle Sache, das Medienforum NRW vom 18. bis 21. Juni in Köln. Wieder war es den Veranstaltern (Staatskanzlei und Landesanstalt für Rundfunk) gelungen, alles was Rang und Namen hat in der Welt der Medien, in die „Hauptstadt“ der Medien zu holen. Vor allem die Fernsehgewaltigen zogen Publikum an. Wen es interessierte (und wen interessiert es nicht!), der konnte sich nur schwer entscheiden, an welchen der insgesamt sechs Schauplätze (Hotel Maritim, Cinemathek im Museum Ludwig, Industrie- und Handelskammer, Kunsthochschule für Medien, WDR, Hotel Pullmann), zu welcher der meist parallel tagenden Veranstaltungen: dreißig Foren, Workshops, „Specials“ in fünf Kongressen er gehen sollte. Um wenigstens einen groben Überblick zu geben, hätte die Redaktion von „Landtag intern“ in Bataillonstärke aufmarschieren müssen. Überall war von der Zukunft des Medienzeitalters und der Informationsgesellschaft die Rede. Wie diese aussehen wird, darüber kann die Beobachterin nur sagen: zunächst einmal so unübersichtlich wie das Medienforum selbst. Sie geht alle an. Aber nur die gemessen an der Gesamtbevölkerung wenigen Teilnehmer erhaschen Einblicke. Und was sie davon vermitteln können, bleibt in den dünnen Worten der (gedruckten) Sprache schemenhaft.

Podium mit ihrem früheren Kollegen Helmut Hellwig zusammen, jetzt „Tugendwächter“ als Vorsitzender der LfR-Rundfunkkommission, der das Problem der Konzentration auf die Frage zuspitzte: „Wie vermeiden wir einen deutschen Berlusconi?“. Der Verbandsvorsitzende der Rheinisch-Westfälischen Zeitungsverleger Bernhard Boll forderte Marktfreiheit, Chancen für private Fernsehveranstalter und lobte die Tageszeitung: Fernsehen diene der Unterhaltung, Rundfunk sei das Nebenher-Medium, nur die Tageszeitung sei in der Lage, über Komplexes zu informieren.

Jörg Klamroth (WDR) stellte die Führungsrolle des Kölner Senders heraus. Der WDR wolle „global player“ in Deutschland werden. Helmut G. Bauer (Radio NRW) sagte ein

Ende der Medienpolitik im Jahr 2000 wegen des Fortschritts der Technik („endlich“) und jedes dritten Lokalradios bei Einführung des Lokalfernsehens voraus.

„Freuen Sie sich auf die Medienzukunft, auf das Jahr 2000?“ fragte abschließend RTL-Moderator Peter Hoenisch. Die Antworten hörten sich eher verhalten an: Es werde spannend, es gebe noch viel Arbeit, Medienpolitik werde immer noch da sein, Politiker sollten ihre Hausaufgaben machen, kulturelle Identität solle gewahrt und wirtschaftliche Chancen sollten genutzt werden. Nur Bauer bekundete Euphorie: Er sei ganz heiß auf die gigantische Info-Gesellschaft, sie nütze uns allen. Unsere Arbeits- und Freizeitbeziehungen würden auf den Kopf gestellt.



Hochschulsender UNI-TV für breiten Wissenstransfer

Im Rahmen des Medienforums NRW stellte der Rektor der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Professor Gert Kaiser, Pläne für das erste Hochschulfernsehen in NRW vor. („Landtag intern“ Nrn. 7 und 8/1995).

Universitäten seien, so führte Rektor Kaiser aus, schon heute weltweit Mitspieler bei den Datenautobahnen. Der medienwissenschaftlich und -praktisch erstklassig ausgebildete Nachwuchs sei begeistert von der Aufgabe und bereits sehr kreativ. Die Universitäten dürften diese Aufgaben nicht aus der Hand geben und der Unterhaltungsindustrie überlassen, meinte der Rektor.

Bereits seit vielen Monaten arbeiten Projektgruppen aus Studierenden der Medien-

wissenschaft: Die UNI-Radio-Gruppe und die Video-AG zusammen. Als Programmschwerpunkte für das UNI-TV wurden genannt: Gesundheit und Krankheit, Soziale und Natürliche Umwelt, Arbeit und Freizeit, Information und Kommunikation, Bildung/Kultur/Wissenschaft und Politik. Zum Schwerpunkt Politik stellen sich die UNI-TV-Veranstalter vor: Analyse und Kommentare zur Arbeit von Landtag und Landesregierung sowie zur Kommunalpolitik, Wahlanalysen, politische Kommunikation, Stadt-Umland-Beziehungen. Alle Programme werden interaktiv konzipiert, so daß außer den Studierenden und der Fachöffentlichkeit alle Interessierten direkten Kontakt zur Universität und zu den Wissenschaftlern haben können.

Viel Arbeit für den Landtag in 11. Wahlperiode

Der Landtag der 11. Wahlperiode hatte mehr Arbeit zu bewältigen als das Parlament der 10. Legislaturperiode. In der Zeit von 31. Mai 1990 bis zum 31. Mai 1995 fanden 161 Plenarsitzungen statt. Vom 30. Mai 1985 bis zum 30. Mai 1990 wurden nur 137 gezählt.

Auch Ausschusssitzungen fanden häufiger statt. 1331 in der 11. Wahlperiode stehen 1226 in der 10. Wahlperiode gegenüber. 105 davon waren in den vergangenen fünf Jahren öffentlich, gegenüber 86 in dem Vergleichszeitraum davor. Das geht aus einer vergleichenden Aufstellung hervor, die das Referat Plenum und Ausschüsse des Landtags zusammengestellt hat (Information 12/8).

Einzig bei den Großen Anfragen zeigt das allgemeine Bild eine Verschiebung. 41 Große Anfragen in der 11. stehen 46 Großen Anfragen in der 10. Wahlperiode gegenüber. Bei den Kleinen Anfragen dagegen ist der Unterschied wieder beträchtlich. 3101 wurden von Abgeordneten gestellt. Von 1985 bis 1990 waren es nur 1981. Ferner stehen 677 Mündlichen Anfragen von 1990 bis

1995 genau 331 in den fünf vorhergehenden Jahren gegenüber. Das Verhältnis der Dringlichen Anfragen: 53 zu 28. Mit 94 wurden zehn Aktuelle Stunden mehr durchgeführt als von 1985 bis 1990.

Bei der Rubrik „Parlamentspapiere“ ist der Unterschied wieder markant. 8839 Drucksachen insgesamt in der 11. Legislaturperiode stehen 5476 in der 10. Wahlperiode gegenüber. Das Verhältnis der Gesetzentwürfe belief sich auf 230 zu 149, das der Anträge von 1340 zu 733. An Vorlagen wurden in den vergangenen fünf Jahren 3847 gezählt. Im Vergleichszeitraum davor waren es 2768. 4126 Zuschriften stehen 3421 gegenüber. Die Relation bei den Informationen: 823 zu 590.

Viele Sitzungen

Auch die Ausschüsse des Landtags haben gegenüber der vorletzten Wahlperiode öfter getagelt, wenn auch das Bild im einzelnen divergiert. Die Zahlen in Klammern bei den nachfolgenden Angaben weisen die öffent-

lichen Sitzungen aus: Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales: 84 (9) zu 62 (5); Ausschuß für Frauenpolitik: 51 (3) zu 21 (3); Ausschuß für Grubensicherheit 31 zu 37; Hauptausschuß: 82 (6) zu 77 (1); Haushalts- und Finanzausschuß: 74 (3) zu 77 (1); Ausschuß für Haushaltskontrolle: 51 (1) zu 51; Ausschuß für Innere Verwaltung: 65 (6) zu 63 (5); Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie 68 (10) zu 52 (3); Ausschuß für Kommunalpolitik: 54 (10) zu 54 (7); Kulturausschuß: 44 (1) zu 45 (3); Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz: 52 (7) zu 68 (3); Ausschuß „Mensch und Technik“: 48 (5); Petitionsausschuß: 89 zu 87; Rechtsausschuß: 50 zu 57 (1); Ausschuß für Schule und Weiterbildung: 64 (9) zu 69 (8); Sportausschuß: 54 (6) zu 50 (4); Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen: 55 (4) zu 82 (3); Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung: 52 (6) zu 75 (13); Verkehrsausschuß: 59 (5) zu 70 (4); Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: 63 (6) zu 72 (7); Ausschuß für Wissenschaft und Forschung: 50 (6) zu 57 (9) sowie Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform: 22 (2).

Die Mitgliederversammlung der ehemaligen Abgeordneten des Landtags hat am 26. Juni im Landtag eine Wahlversammlung abgehalten, bei der die bisherige Vorsitzende, Staatsministerin a. D. Inge Donnepp, in ihrem Amt bestätigt wurde. Bei ihrem Treffen faßte die Mitgliederversammlung folgenden Beschluß:

■ „Die ehemaligen Abgeordneten verfolgen das politische Geschehen im Lande mit großer Anteilnahme und Sorge und haben beschlossen, wegen der Brisanz der anstehenden politischen Entscheidungen, eine Stellungnahme abzugeben.

Nach der Landtagswahl vom 14. Mai 1995 sind schwierige Koalitionsverhandlungen notwendig geworden. Die ehemaligen Abgeordneten bitten die Verantwortlichen der im Landtag vertretenen Parteien, daß sie verantwortungsbewußt verhandeln und insbesondere sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen, zumal eine verfassungsmäßige Regierung sichergestellt ist.

Von Bedeutung muß in erster Linie das Wohl des Landes sein, das insbesondere in so wichtigen Bereichen wie Sicherung der Arbeitsplätze, sozialer Frieden und innere Sicherheit begründet ist.

Die Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes ist im Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie begründet. Im Industrieland wie Nordrhein-Westfalen können nur so vernünftige Lebensbedingungen für alle Bürger garantiert werden. Die ehemaligen Abgeordneten bitten alle Verantwortlichen im Lande, die hier angesprochenen politischen Inhalte zu berücksichtigen.“

■ Bei der Wahl des Vorstandes wurden außer dem Vorsitz alle Ämter neu besetzt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Versammlung die ehemaligen Abgeordneten Dr. Fritz Bergmann und Eberhard Ulrich. Schatzmeister wurde Lukas Schaa, Schriftführer Rudi Bahr. Ferner wurden sieben Beisitzer gewählt. Vor Eintritt in die Ta-

Ehemalige Abgeordnete sorgen sich um das Wohl des Landes



Vorsitzende Inge Donnepp (r.) im Gespräch mit dem Referenten von radioNRW, Dirk Bril.

Foto: Schälte

gesordnung gab der Vertreter von radioNRW in Oberhausen, Dirk Bril, einen Einblick in Aufgaben, Arbeit und Wirkungsweise dieser Anstalt.

Ausbildungsmarkt

Auf dem Ausbildungsmarkt des Landes hat sich die Lage vor den Sommerferien weiter

zugespitzt. Bis Ende Mai zählten die Arbeitsämter 112 600 Ausbildungsstellen, 10,8 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig stieg die Zahl derjenigen, die sich um eine betriebliche Ausbildungsstelle bemühten, weiter an. Mit 109 900 Bewerbern haben sich 5,4 Prozent mehr gemeldet als 1994, heißt es in einer Mitteilung der Arbeitsbehörde.

Themen sind Jugendhilfe, Jugendaustausch und Aufklärung von NS-Verbrechen

Die Landesregierung hat gegen Ende der 11. Wahlperiode die Antworten auf die Großen Anfragen 28, 34 und 38 vorgelegt. Diese Antworten sind auch veröffentlicht worden, konnten jedoch aus Zeitgründen nicht mehr in die Tagesordnung einer Plenarsitzung aufgenommen werden. Die Fraktionen haben nun angekündigt, daß sie die in diesen Anfragen enthaltenen Themen „Die Erziehung in Heimen und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen – Situationsanalyse und Weiterentwicklung“, „Der Stellenwert von Jugendaustauschmaßnahmen – Paragraph 11 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) vor dem Hintergrund insbesondere der Deutschen Einheit und den veränderten Ost-Westbeziehungen“ sowie „Aufklärung von NS-Verbrechen durch die nordrhein-westfälische Justiz“ mit Hilfe einer parlamentarischen Initiative (Antrag) in der neuen, zwölften Wahlperiode im Plenum beraten werden. Das ist im Falle der NS-Verbrechen bereits am 30. Juni geschehen (siehe Seite 4).

Die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Jugendhilfe hat der Arbeits- und Sozialminister beantwortet. Danach bestanden 1983 nach Angaben der Landesjugendämter 443 Einrichtungen der stationären Jugendhilfe in NRW, im Jahre 1992 waren es noch 424 Einrichtungen. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Plätze von 17 186 um 1497 auf 15 689 ab. Bis 1989 sank die Anzahl der Heimunterbringungen stetig, die Träger mußten daher Plätze abbauen. Hinsichtlich der Zahl der Einrichtungen ist auch eine qualitative Veränderung erfolgt, da etwa bis zum Jahre 1987 mehrere größere Einrichtungen geschlossen wurden und statt dessen eine Reihe von kleineren Einrichtungen entstand. Dabei fand eine Verschiebung zu überschaubaren Einheiten statt, die es den Trägern ermöglichen, flexibler auf den entsprechenden Bedarf zu reagieren. Insbesondere differenzierten sie das Platzangebot. Außenwohngruppen, ausgelagerte Gruppen und sonstige Wohnformen wurden verstärkt eingerichtet. So gab es vor zehn Jahren rund 120

Fraktionen greifen Antworten auf drei Große Anfragen aus der 11. Wahlperiode noch auf

ausgelagerte Gruppen und Außenwohngruppen, heute sind es über 400. Ferner entstanden und entstehen zunehmend spezielle Angebote wie Mädchenkrisenhäuser, Zufluchtstätten, Aufnahmehäuser für Kinder. Spezielle Häuser für Säuglinge und Kleinkinder sind bereits seit 1978 nicht mehr vorhanden.

Die Große Anfrage zum Stellenwert von Jugendaustauschmaßnahmen der in der 12. Wahlperiode nicht mehr im Landtag vertretenen F.D.P. hat ebenfalls der Arbeits- und Sozialminister beantwortet, der auch Jugendminister des Landes ist. Danach erfolgt die Förderung internationaler Jugendarbeit durch das Land NRW im Rahmen des Landesjugendplans. Für internationale Jugendbegegnungen in Verbindung mit Schulen aller Art im Bereich des Kultusministers wurden 800 000 Mark im Jahr 1993 zur Verfügung gestellt. Die Förderung umfaßte Zuschüsse von Begegnungen nordrhein-westfälischer Schülergruppen mit Schulen in Israel, der Türkei und osteuropäischen Staaten im Rahmen von Schulpartnerschaften. Für Jugendbegegnungen mit deutschen und israelischen Studenten standen 30 000 Mark zur Verfügung. Internationale studentische Ferienkurse wurden mit 150 000 Mark gefördert. Für internationale Begegnungen von Trägern der freien Jugendhilfe, die nicht einem hierfür aus dem Bundesjugendplan förderungsberechtigten Bundesverband angehören, wurden 1993 genau 470 000 Mark an Zuschüssen gewährt. Die Länderquote aus dem Bundesjugendplan zur Förderung internationaler Begegnungen von 250 000 Mark für das Land NRW im Jahr 1993, entfällt 1995 vollkommen. Fortgeführt wird diese Förderung über Einzelprogramme des Bundesjugendplans.

Die Große Anfrage der GRÜNE-Fraktion zur Aufklärung von NS-Verbrechen hat der Justizminister beantwortet und unter der Überschrift „Verpflichtungen aus der Vergangenheit“ auch kritisch Position bezogen. Wörtlich heißt es: „Auch wenn sich die Gerichte in einem beachtlich großen Umfang um die Aufarbeitung der NS-Verbrechen bemüht haben und zu der Zahl der Verfahren von bundesdeutschen Gerichten auch immer die Verfahren von alliierten Besatzungsgerichten und die zahlreichen Entnazifizierungsverfahren hinzugerechnet werden müssen, so bleibt die juristische Bewältigung der NS-Vergangenheit doch unbefriedigend“. Zu zögerlich, zu spät und zu mild hätten Gesellschaft, Politik und Justiz aus heutiger Sicht auf die Herausforderung reagiert, gegen NS-Verbrecher vorzugehen. So dränge sich der Eindruck auf, daß oft nur die kleinen Schergen, nicht aber die Planer und Schreibtischtäter zur Verantwortung gezogen worden seien. Die Verbrechen, die NS-Gerichte gegen Tausende von politisch Verfolgten, Juden und „Fremdvölkischen“ begangen hätten, seien ungesühnt geblieben.

„Freischuß“ erfolgreich

Der seit neuerem in einigen Fächern an den Hochschulen praktizierte „Freischuß“ hat zu einer deutlichen Verkürzung der Studienzeiten geführt. Nach Befragungen durch das Hochschulinformations-System (HIS) ist der Freiversuch nicht mit schlechteren Prüfungsergebnissen verbunden. Die Grundlage war Ende 1992 mit der Verabschiedung des 10. Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes im Landtag gelegt worden.



Den Botschafter von Sierra Leone, Dr. Colin A. Macauley (M.), hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) zu einem Antrittsbesuch im Landtag empfangen (Bild links). Der Botschafter wurde vom Konsul des westafrikanischen Staates, Ralf Lienenkämper (r.) begleitet. — Auf dem rechten Bild begrüßt der erste Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose (l.) Bürgermeister aus Malta zu einem Gespräch im Landesparlament.

Fotos: Schälte

Walter Blaszat und Herbert Neu sind gestorben

Der ehemalige SPD-Abgeordnete Walter Blaszat ist im Alter von 95 Jahren in Brilon gestorben. Der am 22. November 1899 in Essen geborene Politiker gehörte dem Landtag vom 21. Juli 1958 bis 23. Juli 1966 an. Blaszat, von Beruf Berufsfachschuldirektor, vertrat den Wahlkreis 95 (Bottrop). Er hatte nach der Ingenieurschule und dem Gewerbelehrerstudium 1926 eine Stelle als Gewerbelehrer in Essen erhalten. Nach 1945 wurde er zunächst Direktorstellvertre-

ter und ab 1950 Direktor der Berufsfach-, Fach- und Berufsschulen der Stadt Bottrop erhalten. Walter Blaszat, verheiratet und Vater von drei Kindern, war seit 1928 Mitglied der SPD und wieder aktiv in der Partei ab 1947 u. a. als zweiter Vorsitzender im SPD-Stadtverband Bottrop. Ferner führte er den Vorsitz in der Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendarbeit an berufsbildenden Schulen und war Vorsitzender des Arbeitsausschusses für politische Bildung und Erziehung für Berufs- und Berufsfachschulen im Bezirk Münster. Dem Rat der Stadt Bottrop gehörte er seit 1961 als Ratsherr an.

★

Im Alter von 73 Jahren ist der ehemalige F.D.P.-Abgeordnete Herbert Neu in Hünxe gestorben. Der am 18. Juni 1921 in Kruden-

burg (Wesel) geborene Politiker gehörte dem Landtag vom 26. Juli 1970 bis zum 28. Mai 1980 an. Herbert Neu, verheiratet und Vater von drei Kindern, hatte nach der mittleren Reife im Jahre 1938 die Fachschule für Landwirtschaft besucht. 1948 wurde er Landwirt. Nach ihrer Gründung trat er in die Bundeswehr ein und wurde Berufsoffizier, zuletzt bekleidete er den Rang eines Hauptmannes. Der Verstorbene gehörte der F.D.P. seit 1948 an. Von 1961 bis 1968 war er Mitglied des Kreisvorstandes Münster. Ferner gehörte er seit 1970 dem Bezirksvorstand Westfalen-Nord an. Ab dem gleichen Jahr war er darüber hinaus Mitglied des Landesverbandsvorstandes Nordrhein-Westfalen. In den Landtag kam er über die Landesreserve-Liste der F.D.P.



Eine Delegation der amerikanischen Südstaaten Florida, Georgia, Mississippi und Virginia hat den Landtag besucht (Bild links). Die Senatoren, Abgeordneten und Verwaltungsleiter wurden von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (vorne 3. v. l.) begrüßt. An dem Empfang nahmen auch die Abgeordneten Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) und Uwe Herder (SPD), links neben dem Präsidenten, sowie Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüner (6. v. r.) und der SPD-Abgeordnete Hermann Jansen (vorne rechts) teil. — Eine Delegation aus Atlanta, der Hauptstadt des US-Staates Georgia, ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (im rechten Bild 2. v. r.) im Landesparlament empfangen worden. Die amerikanische Abordnung wollte für ihre Stadt werben, die 1996 Austragungsort der Olympischen Spiele ist. 4 000 Kinder aus Nordrhein-Westfalen sollen dann nach Atlanta fliegen. Fotos: Schälte

Personalien

Anke Brunn (SPD), Vorsitzende des SPD-Bezirks Mittelrhein, ist in diesem Amt für weitere zwei Jahre bestätigt worden. Die Wissenschaftsministerin erhielt beim Bezirksparteitag in Leverkusen 144 von 188 Stimmen. Zu Stellvertretern wählte der Parteitag den SPD-Landtagsabgeordneten **Dr. Klaus Heugel** aus Köln (129) sowie **Ingrid Matthäus-Maier** aus Sankt Augustin (167). In den Vorstand wurden u. a. die Landtagsabgeordnete **Hildegard Nießen** aus Stolberg sowie der frühere Landtagsabgeordnete **Karl Schultheiß** aus Aachen gewählt.

★

Norbert Burger (SPD), Landtagsabgeordneter und Kölner Oberbürgermeister, hat sein Amt als Präsident des Deutschen Städtetages satzungsgemäß an den Karlsruher Oberbürgermeister **Gerhard Seiler** (CDU) abgegeben. Bei der 28. Hauptversammlung des Kommunalen Spitzenverbandes in Magdeburg wurde Burger von den 900 Delegierten zum Vizepräsidenten gewählt.

★

Peter Krug, Superintendent des Kirchenkreises Saarbrücken, soll neuer Beauftragter der Evangelischen Kirche beim Landtag von Nordrhein-Westfalen werden. Dies teilte das Landeskirchenamt der Evangelischen

Mitglieder des Kontrollgremiums

Der Landtag hat auf Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN Klaus Matthiesen (SPD) zum Vorsitzenden des Kontrollgremiums gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden bestimmte das Parlament Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU). Die Wahl erfolgte gemäß Paragraph 24 Absatz 1 des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen. Als Mitglieder wurden Jürgen Büssow, Birgit Fischer, Klaus Matthiesen und Stefan Frechen mit ihren Vertretern Reinhard Grätz, Jürgen Jentsch, Annelie Kever-Henseler und Brigitte Speth (alle SPD) sowie Dr. Hans-Ulrich Klose, Maria Theresia Opladen und Heinz Paus mit ihren Vertretern Wilhelm Droste, Dr. Rolf Hahn und Dr. Jörg Twenhöven (alle CDU) sowie Roland Appel mit seiner Vertreterin Christiane Bainski (beide GRÜNE) gewählt.

Kirche im Rheinland in Düsseldorf mit. Krug ist Nachfolger von Kirchenrat **Helmuth Koe-gel-Dorfs**, der mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand tritt. Der Saarbrücker Superintendent, der sein neues Amt am 1. Oktober beginnt, wird nicht nur die rheinische, sondern auch die Evangeli-

sche Kirche von Westfalen und die Lippische Landeskirche vertreten. Die beiden Kirchenbeauftragten der evangelischen und der katholischen Kirche sind als Verbindungsstellen bei Parteien, Fraktionen und Ausschüssen des Landtags gedacht.

★

Jürgen Büssow, Birgit Fischer, Klaus Matthiesen, Adolf Retz und Brigitte Speth sind mit ihren Vertretern **Manfred Böcker, Professor Dr. Manfred Dammeyer, Annelie Kever-Henseler, Wolfram Kuschke und Irmgard Schmidt** auf Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN als Beisitzer in den Landeswahlausschuß gewählt worden. Für die CDU wurden **Heinz Hardt, Maria Theresia Opladen, Heinz Paus und Herbert Reul** mit ihren Vertretern **Tanja Brakensiek, Volkmar Klein, Manfred Kuhmichel und Bärbel Wischermann** in dieses Gremium gewählt. Die Grünen sind mit **Dr. Manfred Busch** und der Stellvertreterin **Christiane Bainski** vertreten.

★

Dr. Hans Blasius, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, ist auf Vorschlag des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Blasius ist seit 1983 im Landesrechnungshof tätig. Davor war er Professor an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes NRW.

Geschäftsordnung legt das parlamentarische Instrumentarium fest

Der Landtag hat sich bei seiner konstituierenden Sitzung am 1. Juni auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN eine Geschäftsordnung gegeben, die bis zum 30. September 1995 gilt. Sie regelt in 118 Paragraphen und sieben Anlagen den parlamentarischen Ablauf und die Positionen der Beteiligten. Die Paragraphen sind in 17 Abschnitten zusammengefaßt, die von „Abgeordnete“ über „Präsidium“, „Fraktionen“, „Ältestenrat“, „Tagesordnung“, „Redeordnung“ bis zu „Beteiligung der Landesregierung“ und „Petitionen“ reichen. Grundlage für die Geschäftsordnung ist die Landesverfassung, deren einschlägige Artikel in ihr zitiert werden, zum Beispiel der Verfassungsartikel 37, wonach der Landtag spätestens am zwanzigsten Tage nach der Wahl, jedoch nicht vor Ende der Wahlperiode des letzten Landtages zusammentritt.

Die erste Sitzung beginnt mit dem Namensaufruf der Abgeordneten und ihrer Verpflichtung, heißt es im Paragraphen 2 der Geschäftsordnung, der auch die vor dem Landtag abzugebende Verpflichtungserklärung benennt. Sie lautet: „Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, daß sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“

Der Paragraph 38 der Landesverfassung schreibt das Prozedere der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten, der Stellvertreter sowie des Präsidiums vor. Ausführend heißt es, daß in geheimer Wahl gewählt wird. Ebenso in geheimer Wahl können auf Antrag von einem Drittel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags Präsidentin oder Präsident, Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten ohne Aussprache wieder abgewählt werden.

Im Paragraphen 10 werden die Aufgaben der Präsidentin bzw. des Präsidenten beschrieben. Sie oder er vertreten den Landtag und führen dessen Geschäfte. Sie wahren die Würde des Landtages sowie seine Rechte und die seiner Mitglieder. Sie oder er haben beratende Stimme in allen Ausschüssen. Ihnen stehen das Hausrecht und die Polizeigewalt zu.

Zu den Aufgaben des Präsidiums gehören alle Angelegenheiten der Landtagsverwaltung, sofern sie nicht der Präsidentin oder dem Präsidenten vorbehalten sind. Als Aufgaben obliegen dem Präsidium die Belange der Wirtschaftsbetriebe, das Archiv und die Bibliothek. Es erläßt Ausführungsbestimmungen unter anderem über die Ausstattung der Abgeordneten mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen. Das Präsidium stellt ferner den Vorschlag des Haushaltsplans für den Landtag fest. Bei der Sitzungsleitung unterstützen Schriftführerinnen und Schriftführer die Präsidentin oder den Präsidenten. Sie haben die Verhandlungen zu beurkunden und die Rednerliste zu führen, Namen auf-

Zu Aufgaben des Präsidiums gehören Belange von Archiv und Wirtschaftsbetrieben



Bei der konstituierenden Sitzung am 1. Juni, bei der Landtagspräsident Ulrich Schmidt (Mitte) sein Amt übernahm, wurde die Geschäftsordnung verabschiedet. Links und rechts vom Präsidenten die Schriftführer Otti Hüls (CDU) und Hermann Jansen (SPD) sowie ganz rechts Landtagsdirektor Heinrich A. Große-Sender und links außen Ministerialrat Werner Fußbahn von der Landtagsverwaltung. Rechts vorne eine Stenografin.

Foto: Schälte

zurufen, Stimmen zu sammeln und zu zählen.

Bei der Rubrik „Fraktionen“ erläutert die neue Geschäftsordnung zunächst den Begriff. Danach sind Fraktionen Vereinigungen von mindestens fünf vom Hundert der Mitglieder des Landtags. Die Reihenfolge der Fraktionen richtet sich nach ihrer Stärke. Bei gleicher Fraktionsstärke entscheiden die bei der Landtagswahl abgegebenen gültigen Wählerstimmen. Erlosene Mandate werden bis zur Neubesetzung der Fraktion mitgezählt, der die ausgeschiedenen Abgeordneten angehörten. Das Präsidium wird nach dem prozentualen Stärkeverhältnis der Fraktionen in der ersten Sitzung des Landtags besetzt. Auch die Verteilung der Sitze im Ältestenrat erfolgt nach diesem Muster. Derselbe Grundsatz gilt bei der Verteilung der Sitze in Ausschüssen sowie bei Wahlen zu anderen Gremien durch den Landtag.

Im Paragraphen 20 werden die Aufgaben des Ältestenrates vorgestellt. Er soll die Präsidentin oder den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte unterstützen und insbesondere eine Verständigung zwischen den Fraktionen über den Arbeitsplan und die Reihenfolge der Beratungsgegenstände der Sitzungen des Landtages sowie über die Verteilung der Stellen der Ausschußvorsitzenden und ihrer Stellvertretung herbeiführen.

Zu den Ausschüssen heißt es in der Geschäftsordnung, der Landtag stelle sie zur Vorbereitung seiner Beratungen für die Dauer der Wahlperiode zusammen. Für bestimmte Aufgaben kann er auch Sonderausschüsse bestellen. Die Ausschüsse selbst können Unterausschüsse einsetzen.

Ein jeder Ausschuß behandelt Angelegenheiten, die ihm durch Beschluß des Landtags oder durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten überwiesen wurden. Über diese Beratungsgegenstände hat der Ausschuß innerhalb von zwölf Sitzungswochen nach Überweisung dem Landtag einen Abschlußbericht oder falls eine abschließende Beratung nicht möglich war, unter Angabe der Hinderungsgründe einen Zwischenbericht vorzulegen. Der Landtag kann aber auch die Berichtsfrist anderweitig festlegen. Ein dritter Absatz im Paragraphen 25 weist darüber hinaus aus, wenn bei Angelegenheiten des Bundesrates und der Europäischen Union eine rechtzeitige Beschlußfassung des Landtages in einem dringenden Fall nicht möglich ist, so kann der zuständige Fachausschuß des Landtags Beschluß fassen. Diese Beschlüsse können allerdings auf Antrag einer Fraktion nachträglich vom Landtag aufgehoben werden.

Zur Öffentlichkeit von Sitzungen heißt es in der Geschäftsordnung: „Die Sitzungen des Landtags sind öffentlich.“ Indessen kann auf Antrag der Landesregierung oder von zehn Abgeordneten der Landtag mit Zweidrittelmehrheit der Anwesenden die Öffentlichkeit für einzelne Gegenstände der Tagesordnung ausschließen.

Weitgehende Rechte hat laut Geschäftsordnung der Petitionsausschuß. Er kann nach Artikel 41 a Absatz 2 der Landesverfassung Beweise erheben. Es kann sogar eine eidliche Vernehmung erfolgen, wenn der Ausschuß dies mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die eidliche Vernehmung muß durch ein Mitglied des Landtags erfolgen, das die Befähigung zum Richteramt besitzt.

Blick in die Landesgeschichte: 45 Jahre Landesverfassung in Nordrhein-Westfalen

Würde des Menschen als Ausgangspunkt gerechter Sozial- und Wirtschaftsordnung gilt heute noch

Der Krieg war seit fünf Jahren vorbei, die Lebensmittelrationierung jedoch erst seit einigen Wochen abgeschafft, als am 11. Juli 1950 die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen in Kraft trat. Obwohl hier bald nach Gründung des Landes 1946 eine Verfassungsdiskussion einsetzte, blieb Nordrhein-Westfalen neben Niedersachsen am längsten ohne eigene Verfassung. In der Bevölkerung des von Zerstörungen geprägten Landes spielten Verfassungsfragen zunächst keine besondere Rolle. Die Menschen hatten andere Sorgen. Ihre Lebenssituation war katastrophal. Die Städte waren zerstört, die Verkehrsverbindungen lahmgelegt. Die Sorge um Essen und Trinken, ein Dach über dem Kopf, über den Verbleib von Vermißten, das war es, was die Bevölkerung bewegte und beunruhigte. Die Verabschiedung der Landesverfassung war dagegen nachrangig. Nach der bedingungslosen Kapitulation dauerte es zwei Jahre bis zur Konstituierung einer frei gewählten Landesregierung, unter der die Verfassungsentwürfe konkretere Formen annehmen konnten. Dazu kam, daß bis 1949 keine Sicherheit darüber bestand, in welcher Form die staatliche Neuordnung stattfinden würde und ob das „Kunstgebilde“ Nordrhein-Westfalen längere Zeit bestehen bliebe.

Als der Parlamentarische Rat 1948 in Bonn die Beratungen zum Grundgesetz begann, ließ man in Düsseldorf die Ausarbeitung einer eigenen Landesverfassung ruhen, um die gesamtstaatlichen Vorgaben abzuwarten. Gleichwohl waren die Vorarbeiten nicht nutzlos gewesen, da Landespolitiker wie Walter Menzel (SPD) und Konrad Adenauer (CDU) nicht zuletzt durch ihre vorherigen Erfahrungen entscheidend an der Erstellung des Grundgesetzes mitwirken konnten. Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949 wurde Nordrhein-Westfalen zu einem Bundesland. Obwohl nun die meisten staatlichen Kompetenzen auf Bundesebene konzentriert waren, sollte auch auf Landesebene eine eigene „Vollverfassung“ mit nochmaliger Garantie der Grund- und Menschenrechte erstellt werden. Innenminister Menzel und sein Abteilungsleiter Vogels hatten dem Landtag seit 1946 bereits mehrere Verfassungsentwürfe präsentiert. Die bisherigen Arbeiten konnten als Grundlage für einen neuen Regierungsentwurf dienen, der dem Landtag bis zum 1. Oktober 1949 vorgelegt werden sollte. Im Vorfeld kam es jedoch innerhalb der Regierung Arnold (CDU, SPD, Zentrum) zu Meinungsverschiedenheiten, so daß — ein einmaliger Vorgang in der Verfassungsgeschichte nach 1945 — dem Parlament zwei Regierungsvorschläge unterbreitet wurden.

Unterschiedliche Auffassungen gab es z. B. darüber, ob der Staatscharakter des Landes eher unitaristisch (Menzel) oder föderalistisch (Arnold) definiert werden sollte. Hier waren jedoch dann durch die Entscheidung des Grundgesetzes für den Föderalismus die Weichen gestellt. In einer anderen Streitfrage, der Forderung nach Sozialisierung von Großbetrieben, fand man einen Kompromiß, so daß noch heute die Überführung von Großbetrieben in Gemeindeeigentum

als „Soll-Bestimmung“ in der Verfassung enthalten ist. Von Januar bis Mai 1950 konnten durch die Arbeit des Verfassungsausschusses fast alle Gegensätze überwunden werden. Nur in einem Punkt war keine Einigung möglich: in der Schulfrage.

Während CDU und Zentrum mit der Unterstützung der Kirchen für die konfessionelle Bekenntnisschule und das uneingeschränkte Elternrecht eintraten, argumentierten SPD, KPD und F.D.P. mit dem Recht des Kindes auf beste Ausbildung in einem leistungsfähigen Schulsystem und befürworteten deshalb die überkonfessionelle Gemeinschaftsschule, die 1968 per Verfassungsänderung eingeführt wurde. In der Schlußabstimmung im Parlament wurde die Verfassung am 6. Juni 1950 mit 110 Stimmen der CDU und des Zentrums gegen 97 Stimmen der SPD, F.D.P. und KPD angenommen.

Prozent = 12 Sitze) nahmen auf den Oppositionsbänken Platz.

Trotz der Konflikte bei ihrer Verabschiedung ist die Landesverfassung insgesamt von einem starken Grundkonsens getragen. Sie ist von dem Bewußtsein der gemeinsamen Aufgabe und Verantwortung bestimmt, „die Not der Gegenwart in gemeinschaftlicher Arbeit zu überwinden, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu schaffen“, wie es in ihrer Präambel heißt. Im Laufe ihrer Geschichte hat sich die Landesverfassung als flexibel erwiesen. Gesellschaftliche Veränderungen schlugen sich z. B. in der Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel oder der Verankerung des Datenschutzes als Grundrecht nieder.

Die Startchancen für Nordrhein-Westfalen waren nicht gut; als künstliches Gebilde von



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) hat den Finanzchef des Scheichtums Abu Dhabi/Vereinigte Arabische Emirate, El Hussein (M.) empfangen. Der Besuch kam auf Vermittlung des SPD-Abgeordneten Bodo Hombach (l.) zustande, der selbst bereits in Abu Dhabi wirtschaftspolitische Gespräche geführt hat. Ziel des Treffens in Düsseldorf war die Aufnahme von Kontakten zur nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Foto: Schälte

Die Vehemenz des Streits läßt sich auch daran erkennen, daß SPD, F.D.P. und KPD trotz der sonstigen Übereinstimmungen mit den anderen Parteien ihre Wähler aufforderten, bei der Volksabstimmung vom 18. Juni 1950, die gleichzeitig mit der Landtagswahl stattfand, die Verfassung abzulehnen.

Mehrheitlich wurde die Verfassung von der Bevölkerung mit 3,6 Millionen (62 Prozent) gegen 2,2 Millionen (38 Prozent) jedoch angenommen und damit die Haltung von CDU und Zentrum in der Schulfrage bestätigt. Die Landtagswahl ging weniger eindeutig aus, auch wenn CDU (36,9 Prozent = 93 Sitze durch Überhangmandate) und das Zentrum (7,5 Prozent = 16 Sitze) eine Koalitionsregierung mit Ministerpräsident Karl Arnold bilden konnten. SPD (32,3 Prozent = 68 Sitze), F.D.P. (12,1 Prozent = 26 Sitze) und KPD (5,5

britischen Gnaden kritisiert, fiel es in den Anfangsjahren schwer, Identität und ein eigenes Staatsbewußtsein herauszubilden. Aus drei Landesteilen ist Nordrhein-Westfalen heute aber längst zu einem Land geworden, das seinerseits starke Integrationskräfte entwickelt hat. Die Besiegelung der eigenständigen Staatlichkeit durch die Verabschiedung der Landesverfassung war dabei ein wesentlicher Faktor. Die nordrhein-westfälische Landesverfassung ist eine Synthese aus christlicher Soziallehre, demokratischem Sozialismus und Liberalismus. Damit erhielt der Staat den Verfassungsauftrag, nicht nur die persönliche und politische Freiheit des Individuums zu garantieren, sondern auch für den Aufbau einer gerechten Sozial- und Wirtschaftsordnung zu sorgen.

Andreas Malzahn

Literatur

Schwierigkeiten des Übergangs bewältigen

Bernd Feldhaus gibt Berichte kommunaler Politiker in Brandenburg heraus

Bernd Feldhaus, ehemaliger Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags, hat ein Buch mit Erfahrungsberichten kommunaler Mandatsträger der ersten Wahlperiode 1990 bis 1993 in Brandenburg herausgegeben. Den Sinn des Bandes beschreibt Feldhaus gegen Ende unter der Überschrift „Von der Mühsal und der Hoffnung“: „Wenn ich hier (im Westen) über meine Beobachtungen und Erfahrungen spreche, tue ich das vor allem mit der Absicht, um Verständnis für eine bisher nicht gekannte Ausgangslage und den real existierenden Alltag zu werben, der vielen Einzelheiten und Wirkungen unterworfen ist, die dem Westdeutschen zumindest nicht geläufig sind. Um diesen Alltag und seine Komponenten geht es, um Stimmungen und Gefühle, um die Preise beim Einkauf und um das Studium unbekannter Vorschriften und Regeln“. Und er fährt fort: „Die Lage von Sachen und Menschen ist auch heute noch ein Knäuel, lauter Fäden verschiedener Farben ohne Anfang und Ende. Das gilt besonders für die Menschen.“

Zeitgeschichte

28 Mandatsträger der SPD aus der ersten kommunalen Wahlperiode im Land Brandenburg haben sich mit *Berichten in dem Band dieser Lage* zugewandt. Ihre Aufsätze machen deutlich, warum der östliche Teil Deutschlands vielen Westdeutschen immer noch fern ist, aber geraume Zeit nach der „Wende“ nicht mehr unbedingt rätselhaft. Wenn die Gründung einer GmbH als Märchen beschrieben wird, so mag das mancher Leser westlich der Elbe noch als ungewöhnlich empfinden. Aber wenn der Dezernent und 1. Bürgermeister aus Cottbus feststellt, vier Jahre lang sei viel gelernt, gearbeitet und bewirkt worden. Es fehle aber noch eine ausreichende Umsetzung des Gelernten und wörtlich feststellt: „Der Umgang mit neuen gesellschaftspolitischen Regeln ist bei weitem noch nicht selbstverständlich“, so wird ein solcher Satz dem hiesigen Zeitgenossen, sofern er noch offen für deutsch-deutsche Befindlichkeiten und Probleme ist, einen Eindruck von dem Willen vermitteln, die chaotischen Zustände als Hinterlassenschaft der untergegangenen DDR zu beseitigen.

Hoffnungsschimmer sind in den Berichten. Die Vorsteherin der Stadtverordnetenversammlung in Wittenberge folgert: „Als Fazit muß ich ziehen, daß die letzten dreieinhalb Jahre völlig unverhoffte Veränderungen gebracht haben, für das Land, für die Stadt und für mich.“ Sie sei politisch inzwischen so interessiert, daß sie sich einmischen müsse. „Ich will und muß mitmachen.“ Das ist ein gutes Credo.

Hoffnung, aber kein Jubel, allein schon wegen der Erinnerungen. Der Dezernent aus Fürstenwalde fragt: „Was hat uns denn geritten, auf einen Zug aufzuspringen, den wir gar nicht steuern können, ohne Vorerfahrungen, ohne exakte Kenntnisse? Wir

müssen doch verrückt sein.“ Das immer noch bestehende Dickicht wird in der Aussage einer Stadtverordneten aus Schöneiche noch erkennbarer, die berichtet, für sie sei es immer noch schmerzlich zu sehen, wie die alten Strukturen aus ihrer noch bestehenden Organisiertheit und aus der Tatsache hervorbürchen, daß viele ihrer Mitglieder gut geschulte Vorrühständer oder Rentner seien, die die Zeit und zum Teil die nötige Sachkenntnis aufbrächten, einerseits den Unzufriedenen und den mit der neuen Zeit nicht Zurechtkommenden nach dem Munde zu reden und andererseits durch Polemik und Verfahrensfragen, ähnlich wie in der Weimarer Republik, die parlamentarische Arbeit zu stören.

Demnach für die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und den übrigen neuen Bundesländern, aber auch für uns an Rhein und Ruhr, die wir ja in einer gemeinsamen Bundesrepublik ebenfalls betroffen sein sollten, nur eingeschränkte Hoffnung? Folgt man dem Bürgermeister von Herzberg, so wäre eher Pessimismus angesagt. Er hält fest: „Das Ziel mit der Ablösung der SED-Diktatur eine neue menschliche Ära aufzubauen, ist nicht erreicht.“ Oder doch schon mehr? Der Oberbürgermeister von Brandenburg macht klar, die Kommunen seien zur Zeit die wichtigste Einheit. „Gerade weil die neuen Länder noch nicht funktionsfähig sind und eine Zentraladministrierung durch den Bund völlig unmöglich wäre, sind in den

Kommunen die Strukturen zu schaffen, mit denen die Schwierigkeiten des Übergangs bewältigt werden können, sind Bedingungen herzustellen, die Demokratie vor Ort ermöglichen. Daran arbeiten wir – sicherlich nicht fehlerfrei, aber mit großer Mühe“.

Die von Bernd Feldhaus zusammengestellten Erfahrungsberichte sind hervorragende und beeindruckende Zeugnisse aktuellster Zeitgeschichte. Daß es sich um politische und soziale, letztlich um Lebensaussagen sozialdemokratischer Mandatsträger handelt, tut von der Problematik her wenig zur Sache. Im CDU-regierten Sachsen werden die Erfahrungen kaum anders sein.

Ein bemerkenswertes Buch. Zum Schluß sei angemerkt, die in ihm enthaltenen persönlichen Berichte machen den politischen Schwebezustand und das Schicksal der Protagonisten so erfahrbar, daß Empfindungen der Ferne schwinden, und das Bestreben nach enger, mehr noch, inniger Nachbarschaft in den neuen deutschen Grenzen einen ordentlichen Schub bekommt.

Eckhard Hohlwein

(... und auf einmal im Rathaus: Erfahrungsberichte kommunaler Mandatsträger der ersten Wahlperiode 1990–1993 in Brandenburg, hrsg. von Bernd Feldhaus im Auftrag der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Brandenburg, Waxmann Verlag, Münster/New York 1995, br., 191 Seiten 29,80 Mark)



Politik in Städten und Gemeinden einer alten deutschen Region, in einem neuen Bundesland: Der Landtag von Brandenburg, dem Partnerland Nordrhein-Westfalens, in Potsdam. Foto: Reppaenk

Trotz größerer Spielanteile erste Niederlage für Team aus Oberhessen

Landtagself setzt Spitzen geschick ein

Einen unerwarteten Sieg konnte der FC Landtag gegen die favorisierte SG Büdingen feiern. 3:2 hieß es nach bewegten 90 Minuten, in denen das Spiel, niemals langweilig, auf schlüpfrigem Geläuf hin- und herwogte: krachende Lattenschüsse, lange Pässe, Schalker Kreisel und Wiener Scheiberln, tolle Torwartparaden und beispielhafter Einsatz von allen. Kurz und gut: ein höchst unterhaltsamer Fußballabend für die zahlreichen Zuschauer in der Bezirkssportanlage an der Roßstraße in Düsseldorf.

Die größeren Spielanteile lagen bei der rühmreichen SG Büdingen 05; die aber ausgerechnet in ihrem Jubiläumsjahr ihre erste Niederlage seit vielen Jahren einstecken mußte. Großen Anteil am Erfolg des FCL hatte Wolfgang Euteneuer, der die

Abwehr durch sein großartiges Stellungsspiel bravourös zusammenhielt und manche brenzlige Situation durch höchsten Einsatz bereinigen konnte.

Die SG Büdingen gefiel anfangs durch flüßiges Direktspiel; da Angriffe des FCL Mangelware blieben, sahen etliche Fußballexperten die Parlamentsfelle schon davonschwimmen. Überraschend dann der Führungstreffer für den FCL. Nach glänzendem Paß von Bernd Hallwaß lupfte Volker Schüssler das Leder gefühlvoll über den verzweifelt herausstürzenden SG-Keeper Otto Köhler. Nun bekam der FCL Oberwasser, das Kombinationsspiel der SB Büdingen aber einen Knacks, so daß sich der FCL die Pausenführung im nachhinein durchaus verdiente.

Die ersten Minuten der zweiten Hälfte waren ausgeglichen; beide Mannschaften tauchten einige Male gefährlich vor dem gegnerischen Gehäuse auf. Der Leihgabe aus Büdingen, Hans Kaufmann, eine willkommene Verstärkung für die Landtagself, blieb es dann vorbehalten, nach sehenswertem Solo und strammem Schuß in den Torwinkel auf 2:0 für den FCL zu erhöhen. Die Oberhessen antworteten mit wütenden

Attacken. Plötzlich klappte das Pressing der Bühler, Kern und Schmidt; Marek und Schönegege setzten immer wieder gefühlvoll die Spitzen Wagner und Gerstenberger in Szene. Letzterer verkürzte schließlich, geschickt freigespielt, auf 1:2. Kurz darauf bejubelten die Büdinger sogar den Ausgleich. Der souveräne Schiedsrichter Ewald Kern jedoch gab den Treffer nicht, da ihm ein hinterhältiges Foul eines hier nicht näher bezeichneten Büdinger Übeltäters vorausgegangen war.

Einer der wenigen Entlastungsangriffe des FCL führte dann zum 3:1. Wieder war Volker Schüssler, diesmal per Kopf, der Schütze. Es dauerte nicht lange und Martin Gerstenberger brachte die SGB wieder heran. Erneut drängten die Hessen auf den Ausgleich, aber der FCL ließ nichts mehr anbrennen. Torhüter Rene Markgraf entwickelte gar hypnotische Kräfte: zwei Scharfschüsse konnten seinem Blick nicht standhalten und krachten ans Lattenkreuz. Dann kam der Abpfiff. Die schon legendäre Siegesserie der Büdinger Mannen war gerissen. Später, in der Düsseldorfer Altstadt, zeigten sie sich aber bereits wieder gut erholt.

Professoren waren beim Cup-Final schneller am Ball

Niemals in der Fußballgeschichte wurden fünf schwache Minuten grausamer bestraft als im Spiel um den Heinrich-Heine-Cup zwischen den Professoren der Düsseldorfer Universität und dem Team des FC Landtag. Bis weit in die zweite Halbzeit hinein führte der FCL durch ein blitzsauberes Tor von Werner Mayer mit 1:0. Die Spieler um Uwe Herder, Hans Kraft und Günter Langen vollbrachten nicht gerade spielerische Höchstleistungen, sie spielten jedoch einen soliden Part und hatten ihren Gegner ganz gut im Griff. Allerdings versäumten sie, den entscheidenden Treffer zum 2:0 zu erzielen. Mit dem Ausgleich kippte das Spiel in einer geradezu dramatischen Weise. Selbstsicherheit und Abgeklärtheit der Parlamentsmannschaft waren wie weggeblasen; plötzlich herrschte Anarchie, nicht die der kreativen, sondern der selbstzerstörerischen Art. Die Professorenelf bekam die berühmte zweite Luft, während der Akku des FCL urplötzlich leer war. Auf einmal waren die Professoren schneller am Leder, gewannen die Zweikämpfe und nutzten die sich breitmachende Unordnung im gesamten Spiel der Landtagself gnadenlos aus. Sie benötigten dazu ganze fünf Minuten: 1:1, 2:1, und 3:1 — durchaus sehenswerte Treffer, aber begünstigt durch einen mehr als konfusen FCL, der den Stürmern der Professoren immer wieder freie Schußbahn ermöglichte.

Die Begegnung war gelaufen; der FCL entblöbte jedoch weiter seine Abwehr und mußte auch noch den vierten Gegentreffer hinnehmen. Eine bittere Niederlage. Der Heinrich-Heine-Cup, der drei schöne Jahre lang die Kaffeeklappe des Landtags geziert hatte, gehört nun bis 1996 der Professorenelf. Diese hat den Sieg verdient, weil sie Herbergers alte Erkenntnis „Ein Spiel dauert 80 Minuten“ beherzigte und in den entscheidenden Minuten topfit war, während der FCL volle Kanne mental und kräftemäßig k.o. war.

Tischtennis: Kampf und Raffinesse

Nach fünf Stunden stand der Sieger des Tischtennis-Turniers im Landtag NRW fest: Manfred Mündelein. Er traf im Endspiel, von Experten vorhergesagt, auf Hans-Georg Schroeder, den bisherigen Titelträger, und besiegte diesen nach hartem Kampf. Der Pokal hat — vorübergehend? — einen neuen Besitzer. Siebzehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer traten, aufgeteilt in vier Gruppen, gegeneinander an. Schon in diesen Gruppenspielen kam es zu packenden Auseinandersetzungen. Da wurde regelrecht miteinander gerungen, auch oder gerade wenn dabei die Platte im Wege war. Die beiden Erstplatzierten je Gruppe kamen weiter. Kampf und Raffinesse des Tischtennisports setzten sich in den weiteren Begegnungen, die nach dem K.-o.-System ausgetragen wurden, fort. Kollektives Aufstöhnen des Glücks oder der Verzweiflung, je nach Verteilung

der Sympathien, wenn mal wieder ein Netzroller oder ein tückischer Kantenball für Punkte sorgte. Beifall für spannende Ballwechsel, für einen besonders gekonnt herausgespielten Punkt oder für einen gelungenen Schmetterball — das Publikum ging begeistert mit. Es war ein gutes Turnier, glänzend organisiert, mit souveränen Schiedsrichterinnen und Schiedsrichtern und aufsehenerregenden taktischen und spielerischen Leistungen. Ende des Jahres steigt das nächste Turnier. Dann wird Manfred Mündelein von der Meute gehetzt werden. Diese hatte diesmal folgende Namen: Norbert Bande, Irmgard Birn, Petra Brüggemann, Klaus Dellmann, Birgit Hielscher, Ludger Hinsen, Manfred Marcinkowski, Ralph Peters, Thomas Schlicht, Thomas Schneider, Hans-Georg Schroeder, Katja Thanos, Petra Theil, Peter Troitzsch, Peter Wenzel, Hans Zinnkann.

Ex-Profis halfen mit beim Sieg über Elf des Sportbundes Essen

Wie ein Sausewind fegte der FC Landtag über den Rasen der Bezirkssportanlage an der Raumerstraße und überfuhr mit 10:2 die Auswahl des Essener Sportbundes. Großen Anteil an dem sensationell hohen Sieg hatten die Ex-Fußballprofis Manfred Burgsmüller, Dieter Bast, Frank Islackter und Dirk Karkuth, mit denen sich der FCL geschickterweise kurzfristig verstärkt hatte. Darob geschockt lief bei den Essenern nichts zusammen, während die Profis prächig mit einem weiteren Debütanten im grün-weiß-roten Dreß des Landesparlaments harmonisierten, nämlich mit dem Abgeordneten Wilhelm Nowack, der sich gleich zweimal in die Torschützenliste ein-

tragen konnte. Das Leder lief gekonnt durch die Reihen des FCL, die Elf des Essener Sportbundes wehrte sich verzweifelt, hatte aber immer wieder das Nachsehen und lag zur Pause bereits mit 0:5 hoffnungslos zurück. Auch in der zweiten Hälfte ließ der FCL nicht locker. Auch wenn er sich nun zwei Gegentore einfiel, setzte er das muntere Scheibenschießen fort. Der FCL tat nicht nur etwas für seinen Ruf, sondern auch für sein Torverhältnis. Zehn Tore wollen erst einmal erzielt werden. Mit Wilhelm Nowack hat der FCL einen mit allen Fußballwassern gewaschenen neuen Kicker in seiner Kluft, der zu großen Hoffnungen Anlaß gibt.

GRÜNE wählten Fraktionsvorstand: Vizepräsidentin beratend dabei

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am 6. Juli einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Neue Fraktionssprecherin wurde Gisela Nacken (Aachen). Sie erhielt im ersten Wahlgang 19 von 24 Stimmen. Als gleichberechtigter Fraktionssprecher wurde Roland Appel (Bonn) gewählt. Er erhielt 13 Stimmen. Die Mitbewerberin Marianne Hürten erhielt im gleichen Wahlgang elf Stimmen. Zum Parlamentarischen Geschäftsführer wurde Dr. Manfred Busch gewählt. Er setzte sich mit 18 Stimmen gegen Ute Koczy durch, die auf sechs Stimmen kam. Weitere Mitglieder des Vorstandes wurden Christiane Bainski (Wuppertal) und Ute Koczy (Lemgo). Sie erhielten 18 bzw. 16 Stimmen. An den Sitzungen des fünfköpfigen Vorstandes wird außerdem die Vizepräsidentin des Landtags, Dr. Katrin Grüber, als beratendes Mitglied teilnehmen.



Sprecherin des Fraktionsvorstandes: Gisela Nacken
Foto: Schälte

LANDTAG INTERN
Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher, Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher,
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Erster Vizepräsident

von
Jochen Juretko



Dr. Hans-Ulrich Klose

Das eindrucksvolle Stimmenergebnis bei der jüngsten Wahl zum ersten Vizepräsidenten des nordrhein-westfälischen Landtages bestätigte es erneut: Hans-Ulrich Klose ist über die Parteigrenzen hinweg hoch geachtet. Der gebürtige Brandenburger, der engagierte Protestant und der Bürgermeister der niederrheinischen Gemeinde Korschenbroich besitzt viele Eigenschaften, die sein persönliches Profil schärfen und seiner Umgebung Anerkennung abverlangen.

„Er ist sich immer treu geblieben“, hieß es in der Laudatio zum 60. Geburtstag des Christdemokraten am 29. März dieses Jahres: Schon als 17jähriger „Ost“-CDUler, als Bespitzelter und Inhaftierter des damaligen DDR-Staatssicherheitsdienstes, später im Westen als Richter am Sozialgericht und als Parlamentarier. Als 1987 für Honecker im Schloß Benrath ein Empfang gegeben wurde, ließ es der Vizepräsident nicht allein bei Höflichkeitsfloskeln, sondern sprach auch ein mahnendes Wort zum früheren DDR-Staatsratsvorsitzenden über die politischen Gefangenen in Ostdeutschland. Die Mißachtung der Menschenrechte persönlich erfahren, streitet Klose für dieses Gut als Jurist, Politiker und Christ. Menschenrechte, das hat nichts mit links oder rechts zu tun, auch nicht mit dem Ort oder Land, in dem sie verletzt werden.

Bereits seit 1966 dem Landtag angehörend, nahm der promovierte Jurist bislang eine Fülle von Funktionen in der evangelischen Kirche, in der Union und im kommunalen Bereich wahr. Es sei ihm dabei nie nur um das Amt gegangen, er habe etwas tun, bewegen wollen, urteilt ein Weggefährte. Und ob als Rechtsexperte seiner Fraktion, als Sozialpolitiker oder Vizepräsident, er ist einer der wenigen Politiker, die über ihr Tun nur wenig reden – auch das ist die Eigenschaft eines Mannes, der das nachdenkliche Gespräch ebenso schätzt wie die gesellige Runde.

Für die bedeutendste Erfahrung seines Lebens hält Klose, daß er ein Drittel seines Lebens in der Mark Brandenburg verbracht und damit die mitteldeutsche Kultur mit ihrer geistigen Ausstrahlung erfahren und dann zwei Drittel seines bisheri-

gen Lebensweges im Rheinland beschritten habe, mit seiner stolzen nach Westen orientierten katholisch kulturellen Tradition. Nicht minder wichtig sei auch, ein Jahrhundert erlebt zu haben mit zwei Kriegen und Verfolgungen, aber auch des Zusammenbruchs zweier Systeme, des Nationalsozialismus und des Sozialismus.

Der Brandenburger fühlt sich am Niederrhein wohl, der Protestant in einer katholisch geprägten Landschaft. Und es ist kein Zufall, daß Klose der erste evangelische Kreisvorsitzende im damaligen CDU-Landesverband Rheinland war.

Bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung müsse man die persönliche Lebenssphäre des politischen Gegners achten, fordert der Vizepräsident. Und er beklagt, daß zunehmend mit einer Unerbittlichkeit und manchmal auch Hinterhältigkeit in der Politik gearbeitet werde. Es müsse versucht werden, Brücken zu schlagen und da, wo Gemeinsamkeiten möglich seien, sie auch anzustreben. Es gebe eine Reihe von grundsätzlichen politischen Zielen, die nur in einer großen Breite erreicht werden könnten. So gab Klose in der Vergangenheit oft Beispiele für Fairneß gegenüber dem politischen Kontrahenten und für erfolgreiches Brücken-Schlagen.

Nach längerer Unterbrechung seiner langjährigen kommunalpolitischen Tätigkeit ist der Christdemokrat im letzten Jahr zum Bürgermeister seiner Wohngemeinde Korschenbroich gewählt worden. Zwar eine zusätzliche, aber „schöne“ Aufgabe, wie er betont. Denn vor allem auf örtlicher Ebene kann man „handfeste Politik“ machen – für die Menschen.

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 21. Juni bis 6. September 1995

Geburtstag hatten:

- 21. 6. **Dr. Helmut Linssen** (CDU), 53 J.
- 26. 6. **Wolfgang Röken** (SPD), 52 J.
- 29. 6. **Dr. Rolf Hahn** (CDU), 58 J.
- 30. 6. **Gunther Sieg** (SPD), 59 J.
- 2. 7. **Clemens Pick** (CDU), 48 J.
- 7. 7. **Wolfgang Clement** (SPD), 55 J.
- 8. 7. **Gisela Nacken** (GRÜNE), 38 J.
- 9. 7. **Otti Hüls** (CDU), 53 J.

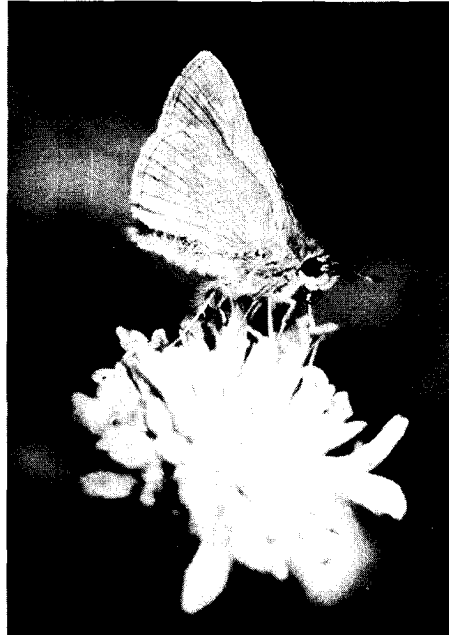
Geburtstag haben:

- 11. 7. **Ingrid Fitzek** (GRÜNE), 37 J.
- 13. 7. **Ilse Brusis** (SPD), 58 J.
- 16. 7. **Heinz-Helmich van Schewick** (CDU), 55 J.
- 16. 7. **Friedrich Schepsmeier** (SPD), 46 J.
- 18. 7. **Dr. Jörg Twenhöven** (CDU), 54 J.
- 20. 7. **Donata Reinecke** (SPD), 51 J.
- 22. 7. **Dr. Axel Horstmann** (SPD), 41 J.
- 24. 7. **Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU), 51 J.
- 25. 7. **Michael Scheffler** (SPD), 41 J.
- 27. 7. **Klaus Strehl** (SPD), 52 J.
- 28. 7. **Franz-Josef Pangels** (CDU), 60 J.
- 30. 7. **Wilfried Bergerhoff** (SPD), 59 J.
- 30. 7. **Peter Budschun** (SPD), 55 J.
- 31. 7. **Lothar Niggeloh** (SPD), 56 J.
- 1. 8. **Ellen Werthmann** (SPD), 58 J.
- 3. 8. **Dr. Klaus Heugel** (SPD), 59 J.
- 4. 8. **Karin Hussing** (CDU), 54 J.
- 4. 8. **Hannelore Brüning** (CDU), 53 J.
- 7. 8. **Vera Dedanwala** (SPD), 52 J.
- 10. 8. **Irmgard Mierbach** (SPD), 53 J.
- 11. 8. **Gerhard Wächter** (CDU), 49 J.
- 13. 8. **Dietrich Kessel** (SPD), 54 J.
- 14. 8. **Gudrun Reinhardt** (SPD), 56 J.
- 16. 8. **Brigitte Schumann** (GRÜNE), 49 J.
- 18. 8. **Dr. Hans Horn** (CDU), 62 J.
- 19. 8. **Bodo Hombach** (SPD), 43 J.
- 20. 8. **Wolfgang Drese** (SPD), 52 J.
- 21. 8. **Ilka Keller** (CDU), 51 J.
- 21. 8. **Werner Jostmeier** (CDU), 45 J.
- 23. 8. **Dr. Annemarie Schraps** (CDU), 59 J.
- 28. 8. **Edgar Moron** (SPD), 54 J.
- 29. 8. **Richard Blömer** (CDU), 51 J.
- 30. 8. **Gerhard Mai** (GRÜNE), 38 J.
- 31. 8. **Herbert Reul** (CDU), 43 J.
- 1. 9. **Brunhild Decking-Schwill** (CDU), 58 J.
- 1. 9. **Uwe Herder** (SPD), 53 J.
- 2. 9. **Wilhelm Lieven** (CDU), 61 J.
- 3. 9. **Eberhard Sohns** (SPD), 59 J.
- 3. 9. **Karin Jung** (SPD), 53 J.
- 5. 9. **Dr. Manfred Busch** (GRÜNE), 41 J.
- 6. 9. **Jürgen Jentsch** (SPD), 56 J.

★

Franz-Josef Pangels (CDU), Landtagsabgeordneter seit 1990, begeht am 28. Juli seinen 60. Geburtstag. Der verheiratete Politiker aus Erkelenz wurde in Matzerath geboren. Nach dem Gymnasium erhielt er eine landwirtschaftliche Ausbildung und 1954 den Gehilfenbrief. Er besuchte dann landwirtschaftliche Fachschulen und wurde Landwirt und Geflügelzüchter im elterlichen Betrieb. Ab 1960 war Pangels Fachberater. 1972 übernahm er den elterlichen Betrieb und erweiterte ihn. Der CDU gehört der Politiker seit 1958 an. Er ist Kreisparteivorsitzender in Heinsberg, Stadtverbandsvorsitzender in Erkelenz und stellvertretender Bezirksvorsitzender in Aachen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Schmetterlinge in der Stadt Blütenbänder auf Autobahnen

Die vergangenen drei Jahre waren gute Falter-Jahre. Doch man solle sich nicht täuschen lassen, meint dazu die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten. Es seien fast immer dieselben Arten, die hier noch Lebensraum fänden. Die meisten anderen Schmetterlinge seien indessen in Gefahr. Über die Hälfte der knapp tausend Arten der Großschmetterlinge Nordrhein-Westfalens und von den etwa hundert Tagfalterarten sogar schon über 70 Prozent müßten deshalb auf der „Roten Liste der gefährdeten Arten“ des Landes NRW geführt werden. Die Landesanstalt wendet sich deshalb an die Hobbygärtner. Gerade in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet seien die wichtigsten Aufenthaltsorte der Falter und ihrer Raupen Kleinflächen mit spontan angesiedelten Pflanzen. Werde also vom Hobbygärtner zum Beispiel Labkraut und Weidenröschen an manchen Stellen bewußt geduldet, käme dies nicht nur wunderschönen Nachtfaltern wie „Taubenschwänzchen“, „Mittlerer Weinschwärmer“ und „Laubkrautschwärmer“ zugute, sondern auch vielen anderen, weniger auffälligen Schmetterlingsarten wie zum Beispiel dem Dickkopffalter (Bild links) — Wer im Stau steht, kann seinen Ärger häufig mit einem Blick auf die bunte Blütenpracht auf den Mittelstreifen, Banketten und Böschungen der Autobahnen in Nordrhein-Westfalen dämpfen. Typische Arten sind „Schmalblättriges Greiskraut“, Riesenbärenklau (Bild rechts) und Goldrute. Trotz großer Umweltbelastungen durch Abgase, Reifenabrieb, Staub und Streusalz gibt es an Autobahnen Lebensraum für etwa 500 Pflanzenarten aus der heimischen Pflanzenwelt sowie aus anderen Ländern und Kontinenten. Die Autobahnen seien sogar für Nachtkerze, Japanknöterich und andere Arten Ausbreitungs-Achsen. Sie würden vom Fahrtwind, Staub und Regenwasser mitgetragen oder reisten als blinde Autopassagiere im Reifenprofil bzw. an der Karosserie klebend mit, berichtet die Landesanstalt. Auf diese Weise habe in den letzten zehn Jahren das weißblühende und salzliebende Dänische Löffelkraut von den Salzwiesen der Nordseeküste auf den Mittelstreifen und Banketten der Nord-Süd-Autobahn durch das Münsterland bis zum Sauerland vordringen können. Der Chef der Landesanstalt, Rolf Kalkkuhl, meint dazu: „Die Natur erobert jeden Lebensraum, selbst solch lebensfeindliche Bereiche wie die Mittelstreifen von Autobahnen“.

Fotos: Woike

Verfassungsgerichtshof

Der Landtag hat auf Vorschlag der Fraktionen von CDU und SPD Professor Dr. Peter J. Tettinger, Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum, zum stellvertretenden Wahl-

mitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen gewählt. Er ist Nachfolger von Rechtsanwalt Dr. Bernhard Freiherr von Falkenhausen, der aus seinem Amt ausgeschieden ist.